

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



Unter den Augen der KFOR werden serbische Häuser niedergebrannt (Kosovo 2004)

- *Kopernikus-Gruppe: Ein Museum der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der Versöhnung – Der Rahmen für das „sichtbare Zeichen“ – Seite 4*
- *Kosovo-Verhandlungen gescheitert: Spiel mit dem Feuer – Seite 7*
- *Die Verhandlung am Bundesverfassungsgericht zur 5%-Hürde bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein – Seite 12*
- *Tarifabschluss Versicherungen: 3 % ab 2008, aber: neue Niedriglohngruppen – Seite 15*
- *Kunst und Politik – Seite 18*

Ausgabe Nr. 25-26 am 14. Dezember 2007, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 624701, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50825 Köln, Venloer Str. 440, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles. Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50825 Köln, Venloer Str. 440 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Halbjahres/Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 27,30/54,60 €, Sozialabo: 23,40/46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.:

BIZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Deutschland liefert Kurden an die Türkei aus

8.12. rub. Im September und im November wurden jeweils hochrangige PKK-Funktionäre von Deutschland an die Türkei ausgeliefert. Beide standen auf einer Liste von 176 mit internationalem Haftbefehl von der Türkei gesuchten PKK-Angehörigen. Im September wurde Mehmet I. in Deutschland festgenommen und umgehend in die Türkei gebracht. Er soll 1991 an einer Guerillaaktion der PKK beteiligt gewesen sein. Der kurdische Politiker Esref Kizilay wurde Ende November ausgeliefert und sofort ins Hochsicherheitsgefängnis in Diyarbakir verbracht. In der Türkei war er beschuldigt worden, 1997 einen Polizisten erschossen zu haben, und zum Tode verurteilt worden. Er floh 1998 nach Deutschland, sein Asylantrag wurde abgelehnt. Am 2. Januar 2007 wurde Kizilay erneut verhaftet. Dieses Mal gab das Bundesjustizministerium grünes Licht für die Auslieferung, da die Todesstrafe in der Türkei mittlerweile abgeschafft wurde. Jetzt droht dem Kurden lebenslange Haft.

Jetzt fordert das türkische Justizministerium die Auslieferung des in Deutschland seit August 2006 inhaftierten kurdischen Politikers Muzaffer Ayatas. Begründet wird das Auslieferungsgesuch damit, dass Ayata Verantwortlicher für die PKK-Finzen in Europa sei. Ayata verbrachte in der Türkei wegen Mitgliedschaft in der PKK zwanzig Jahre im Gefängnis, lebt seit 2003 als anerkannter politischer Flüchtling in Deutschland, wurde im August 2006 verhaftet und steht derzeit als angeblicher Verantwortlicher des Kongra Gel in der Region Süddeutschland vor Gericht.

Die deutschen Behörden und das Außenministerium finden mit diesen Maßnahmen den ungeteilten Beifall der türkischen Kemalisten und Nationalisten. Statt dämpfend in diesem Konflikt zu wirken, stacheln solche Maßnahmen die türkische Seite weiter an.

Bahnreform: Nachdenken über Holding-Modell

Berliner Zeitung, 7.12. rül. Im Streit um die Bahnreform haben die Regierungsfractionen von Union und SPD beschlossen, die ursprünglich für 10. Dezember 2007 geplante Entscheidung im Koalitionsausschuss über das Modell der geplanten (Teil)-Privatisierung der Bahn AG mindestens bis Frühjahr 2008 zu verschieben. Bis dahin sollen die vorliegenden Konzepte erneut diskutiert und geprüft werden, bevor ein erneuter Anlauf in Bundestag und Bundesrat begonnen wird. Die SPD hatte auf ihrem Parteitag mehrheitlich für eine „Volks-

aktien“-Lösung plädiert, d.h. einer Privatisierung faktisch zugestimmt, aber verlangt, diese vor allem in Form der Ausgabe von Vorzugsaktien – eventuell mit garantierter Dividende – in kleinen Stückzahlen an möglichst viele Kleinaktionäre zu vollziehen. Das hatten CDU und CSU strikt abgelehnt. Faktisch liegen damit nur noch zwei Varianten auf dem Tisch: Entweder die – im SPD-geführten Finanzministerium schon länger bevorzugte – Version einer „Holding-Lösung“ oder das komplette Scheitern der Bahnprivatisierung.

Die „Holding-Lösung“ sieht vor, die Bahn faktisch in zwei Teile zu zerlegen und beide Teile einer gemeinsamen Holding zu unterstellen, die im Bundesbesitz bleibt. Der eine Teil wäre dann künftig der gesamte „rollende Verkehr“ – also Personen- und Güterzüge, Waggons usw. – der andere das Schienennetz und die Bahnhöfe. Schienennetz und Bahnhöfe blieben – wie im übrigen auch im Grundgesetz derzeit verlangt – in öffentlicher Hand, während der Bereich Personen- und Güterverkehr ganz oder teilweise privatisiert werden könnte. Der Erlös aus der Privatisierung soll den Bund von Investitionskosten im Schienenverkehr entlasten. Wenn die Privatisierung scheitert, müssten also mehr Mittel im Bundeshaushalt für den Schienenverkehr bereit gestellt werden. Bis Ende 2008 wollen die Koalitionsfraktionen nun eine erneute Einigung versuchen.

EU-Länder finden keinen Konsens über Höchst Arbeitszeit

Ap, 07.12. hav. Die Festlegung einer gemeinsamen Arbeitszeit-Höchstgrenze für die Beschäftigten in der EU ist erneut gescheitert. Der deutsche Arbeitsminister Olaf Scholz verhinderte mit seinen Kollegen aus Großbritannien und mehreren osteuropäischen Staaten eine EU-weite Obergrenze von 48 Wochenarbeitsstunden, obwohl Berlin und London Ausnahmeregelungen angeboten wurden. Die EU-Kommission hatte für ein Scheitern der Verhandlungen mit Sanktionen gedroht. Nun deutete EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla jedoch an, er wolle den Regierungen noch eine Chance geben.

Der Vorschlag der Ratspräsidentschaft sah weitreichende Zugeständnisse an Deutschland, Großbritannien und ihre Verbündeten vor: Sie sollten die Möglichkeit erhalten, in ihren nationalen Gesetzen bis zu 60 Wochenstunden zuzulassen. Dies reichte den Staaten jedoch nicht aus. Deutschland etwa will entweder eine Wochenarbeitszeit bis 65 Stunden oder die Möglichkeit, in einzelnen Branchen über die 60 Stunden hinauszugehen.

Zusammenstellung: alk

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

Liebe Leserinnen und Leser,

Zum Jahreswechsel möchten sich Herausgeber und die Redaktion für die Unterstützung bedanken, die unserer kleinen Zeitschrift auch in diesem Jahr durch die Autorinnen und Autoren, durch die Abonentinnen und Abonnenten und durch das Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften als Trägerorganisation geleistet wurde.

Die „Politischen Berichte“ argumentieren seit ihrer Gründung 1980 im Kontext der sozialen und politischen Bewegungen; dies stets mit Blick auf den Bildungsprozess einer politischen Partei, die in der Auseinandersetzung um die Zustimmung der Wähler bestehen kann. Mit der Fusion von Linkspartei.PDS und WASG zur Partei „Die Linke“ gibt es nun Chancen, die gesellschaftlichen Widersprüche auf allen Ebenen des politischen Systems, von den Gemeinden über die Länder, den Bund und die EU-Institutionen wirksam vorzubringen.

Das ist ein großer Einschnitt, der für die gesamte linke politische Publizistik neue Aufgaben stellt. Während für den Dialog zwischen gewählten Repräsentanten und der Wählerschaft zunehmend die Massenmedien ausgenutzt werden müssen, kommt es für die linken Publikationen darauf an, Politik in den Institutionen und durch die Institutionen mit den Kritiken und Impulsen zu vermitteln, die aus den sozialen und politischen Bewegungen kommen. Linke Publizistik kann nicht als kritikloser Werbeträger für Varianten institutionalisierter Politik fortbestehen, und auch nicht als bis zur Schmerzgrenze aufgedrehter Verstärker für richtig oder falsch verstandene Anliegen von Bewegungen. Die linke Publizistik – Redaktionen, Autoren und Leserschaft – muss sich öffnen und auf den ersten Blick fremde und befremdende Nachrichten wahrnehmen.

Probleme, die in einer solchen Situation auftreten, können durch Fusionen der linken Publikationen nicht gelöst werden. Es kommt eher darauf an, die Vielfalt von Strategien, Politikstilen und Lehrmeinungen, die sich in der Praxis der linken Bewegung entwickelt haben, als Quelle von politischer Inspiration zu begreifen. Politik wird nicht nur gemacht und täglich neu konstruiert. Die Erfahrung, der Zusammenhang von Praxis und Nachdenken, „Tradition“ und „Biografie“ erzeugen Meinungsverschiedenheiten, die für das politische Leben Impulse bringen können, wenn sie, und darauf kommt es an, eine Öffentlichkeit erreichen. Dazu müssen Inhalte nicht nur irgendwie verbreitet werden. Damit sie politisch verkehrsfähig sind, müssen sie durchdacht mit Blick auf das ganze Spektrum ausformuliert werden.

Die „Politischen Berichte“ entstanden 1980, als sich zeigte, dass linke Politik und linke Kritik vom Parteibildungsprozess der Grünen weitgehend aufgesogen wurden und das Ziel der Emanzipation der arbeitenden Klassen in den Hintergrund der Debatte verdrängt wurde. Mit dem publizistischen Konzept der „Berichte“ sollte in den politischen und sozialen Bewegungen der Zeit tätigen Menschen eine Publikationsmöglichkeit gesichert werden. Das war damals etwas Neues. Die alten linken Traditionen unterschieden sehr streng zwischen „Lesern“ und „Autoren“. Jene scharfe Trennung hatte sich erst mit dem Auftreten der „neuen Linken“ Ende der sechziger Jahre aufgelockert. Die neue Tendenz hat sich ihre technischen Mittel besorgt, vom Spirit-Carbon-Drucker über das „Saugpost“-Flugblatt, hin zum fotokopierten „Paper“, immer neue und immer leichter zugängliche Satztechniken, und schließlich die Internet-Publikation. – Heute ist es nichts Ungewöhnliches mehr, dass jemand „schreibt“. Bloß deswegen bräuchte es eine gedruckte Zeitschrift nicht zu geben. Man könnte dieses Medium sogar für veraltet halten.

Wenn es aber darum geht, Meinungsverschiedenheiten darzustellen, durchsichtig und bis zu einem gewissen Grade auch erträglich zu machen, wird die Flüchtigkeit etwa

der Äußerung im Internet oder per Massen-Mail zur Quelle von Missverständnis und Missvergnügen. Soll ein Diskurs zustande kommen, müssen Ansichten verbindlich formuliert werden, denn nur so wird eine Antwort erforderlich und möglich. Die periodische als Zeitung oder Zeitschrift erscheinende Drucksache ist dafür das gegebene Mittel.

So sind wir in unserer Diskussion deshalb zu der Meinung gekommen, dass gerade die gedruckte Sache ein Moment der Verbindlichkeit in die Diskussion bringt und dass genau dieses Moment im heutigen Meinungsbildungsprozess, wo schnell geschrieben und noch schneller gelöscht wird, fehlt.

Die „Politischen Berichte“ wollen das neue, schwierige und chancenreiche Kommunikationsproblem, das zwischen „institutionalisierter Politik“ und „politischer/sozialer Bewegung“ besteht, mit dem schlichten Mittel des „Berichts“ angehen. Wir setzen darauf, dass die spezielle Beschäftigung mit einem Thema, die Wahrnehmung eines Amtes oder engagierte praktische Aktivität das Bedürfnis auslösen, sich verständlich zu machen und umgekehrt von anderen Leuten und aus anderen Bereichen etwas Neues zu erfahren.

Herausgeber und Redaktion der Politischen Berichte danken für die Zusammenarbeit und wünschen ein gutes und erfolgreiches Jahr 2008

Politische Berichte

Dieser Ausgabe liegen nun mit dem Heft „Ergebnisse und Materialien 2007“ die Beschlüsse der Hauptversammlung des Forums vom 2. Dezember 2007 bei. Für die Politischen Berichte bedeuten diese Beschlüsse:

Die Zeitschrift soll als Monatszeitschrift fortgeführt werden. Sie wird gestützt durch die ehrenamtliche Mitwirkung der Autorinnen und Autoren sowie der Redaktion, durch die Abonnements und durch Zuschüsse, die der Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation aufbringt.

Trotz des nur monatlichen Erscheinens soll die Zeitschrift aktuell bleiben, geschrieben wird zu Ereignissen in der politischen und sozialen Welt.

Wir haben diskutiert, dass ein Zeithorizont von jeweils vier Wochen „Rückblick“ und „Ausblick“ immer noch eine ereignisorientierte Machart ermöglicht, dass dazu aber die Abstimmung innerhalb der Redaktion und mit den Lesenden / Schreibenden verbessert werden muss. Das soll durch die Arbeit einer Geschäftsstelle der Redaktion erreicht werden, die per Email erreichbar ist, aber auch feste Geschäftszeiten hat.

Die Umstellung auf das monatliche Erscheinen ermöglicht uns, die Abo-Preise zu halten. Eine Senkung war nicht möglich. Nach unserer Kalkulation werden die Kosten für die Zeitschrift im Jahr 2008 zu 45 Prozent aus den Abo-Erlösen und zu 55 Prozent durch Zuschüsse der Trägerorganisation und Spenden gedeckt.

Die 12 Ausgaben der „Politischen Berichte“ im Jahr 2008 werden zu den folgenden Daten erscheinen:

Jeweils donnerstags:

17. Januar	13. Februar	12. März
9. April	7. Mai	4. Juni
2. Juli	30. Juli	10. September
8. Oktober	5. November	3. Dezember
14. Januar 2009		

Die Geschäftsstelle Politische Berichte ist wie folgt zu erreichen:

eMail: pb@gnn-verlage.de.

Tel.: 07 11 / 3 04 05 95.

Geschäftszeit freitags von 7 Uhr bis 12 Uhr.

Wir dokumentieren im Folgenden einen Vorschlag deutscher und polnischer Wissenschaftler, der zur Korrektur gefährlicher Fehlentwicklungen der deutschen Politik ganz erheblich beitragen kann. Staat und Gesellschaft der BRD bewegen sich auf eine Neubewertung der europäischen Nachkriegsordnung zu, die von der Anti-Hitler-Koalition geschaffen worden war. Um Sicherheit der Nachbarländer vor Deutschland zu gewährleisten, wurde Großdeutschland aufgehoben, Österreich, die Tschechoslowakei und Polen wurden wiederhergestellt. Österreich wurde das Gebot der immerwährenden Neutralität auferlegt, so das Verbot, den „Anschluss“ an Deutschland auch nur zu betreiben. Aus Polen und der Tschechoslowakei wurden die deutschsprachigen Minderheiten, die mit Hitler-Deutschland gegangen waren, ausgesiedelt. Der großdeutschen Politik waren damit die internationale Akzeptanz und der praktische Ansatzpunkt entzogen worden. Die Situation nach 1945 war auch in dieser Hinsicht ganz anders als zur Zeit des Münchner Abkommens, als in der internationalen Politik die Vereinigung aller Deutsch-Sprechenden unter einer politischen Macht – dem Reich – als irgendwie akzeptables Ziel durchging. Die völkische Politik hatte sich als Mittel der Destabilisierung Europas herausgestellt, sie fand keineswegs in einem nationalstaatlichen Denken ihre

Grenzen, sondern trieb, mit dem Rassismus verschwistert, die schrecklichsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte hervor. Die Nachkriegsordnung Europas ergab sich in allererster Linie aus dem Ziel, eine Fortsetzung jener Politik zu unterbinden, sie war allerdings auch Produkt der Systemkonkurrenz zwischen den marktwirtschaftlich-kapitalistischen und den staatswirtschaftlich-sozialistischen Ländern und Blöcken. Feststehende geschichtliche Tatsache ist, dass die Nachkriegsordnung den Trümmern Großdeutschlands viele Möglichkeiten zur Entwicklung in Frieden geboten hat, verboten war und ist nur eine Revitalisierung der großdeutschen Politik und Strategie. Eine solche Wiederbelebung verbietet nicht nur die Vernunft, sondern – falls die Vernunft in Deutschland aussetzt – es gibt internationale Verträge und Mächte, die sie durchsetzen. Leider stellt sich jetzt, in den Jahren nach der stürmischen Erweiterung der EU, heraus, dass unter diesen neuen Bedingungen eine neue Variante großdeutscher Politik möglich wird. Deutsche Staatspolitik könnte gestützt auf deutsche Minderheiten die politische Ordnung etwa in Polen oder in Tschechien von innen und außen in die Zange nehmen. Das geht aber nur, wenn der Status von „Deutschen“ in diesen Ländern anders bestimmt wird als im Rahmen der innereuropäischen, meist durch den

Arbeitsmarkt ausgelösten Wanderungen. Und hier kommen die großen Umsiedlungen in die Debatte. Sie müssen als Unrecht gekennzeichnet werden, damit die Konstellation von deutschen Volksgruppen RECHT wird, damit es Bevölkerungsteile geben kann, die in Nachbarländern der BRD nicht einfach im Rahmen von deren gesetzlicher Ordnung leben, sondern geschützt durch den deutschen Staat. Dieses politische Gespinnst wird von den Vertriebenenverbänden gewoben, und sie sind damit weit in die Mitte der Gesellschaft der BRD vorgedrungen. Die Parole „Vertreibungen ächten“ ist griffig, sie zieht in der deutschen Öffentlichkeit, sie ist sehr geschickt, weil sie es ermöglicht, die Vorgänge, die zur großen Umsiedlung führten, auszublenden und mehr noch, die Nachkriegsordnung, aus der heraus sich das heutige Europa in befriedeten Bahnen entwickeln könnte, zu diskreditieren. In dieser verwickelten Situation, die bereits zu schweren Belastungen der Beziehungen der Nachbarländer zu Deutschland geführt haben und mehr noch, diese veranlassten, Rückhalt bei den USA zu suchen, und sei es um den Preis einer Raketenstationierung, kommt mit dem Aufruf, ein „Museum der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der Versöhnung“ als gemeinsames zu errichten, die Chance, den Knoten nicht zu durchhauen, sondern zu entwirren.

Martin Fochler

Mitteilung über die Sitzung der Kopernikus-Gruppe am 30.11./1.12.2007. Am 30. November und 1. Dezember 2007 traf sich auf Einladung des Deutschen Polen-Instituts und des Deutschland- und Nordeuropainstituts (Instytut Niemiec i Europy Północnej) die aus deutschen und polnischen Experten bestehende Kopernikus-Gruppe – nach der Auszeichnung

mit dem „Viadrina-Preis 2007“ der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) – zu ihrer sechzehnten Sitzung in Berlin. Thema der Beratungen waren die Bestandsaufnahme der deutsch-polnischen Beziehungen nach den Wahlen in Polen und die aktuelle Agenda für die bilateralen Beziehungen. Das vorliegende Arbeitspapier 14 der

Kopernikus-Gruppe fasst die gemeinsamen Überlegungen zusammen, wie eine deutsch-polnische Initiative den langjährigen Streit um die Institutionalisierung der Erinnerung an den Komplex der Vertreibungen beenden könnte.

*Prof. Dr. Dieter Bingen, Darmstadt
Dr. Kazimierz Wójcicki, Stettin
Dezember 2007*

Arbeitspapier 14 der Kopernikus-Gruppe

Ein Museum der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der Versöhnung – Der Rahmen für das „sichtbare Zeichen“

2008 kann für die deutsch-polnischen Beziehungen das Jahr des Durchbruchs werden. Die positiven deutschen Reaktionen auf die Bildung der PO-PSL-Regierung, Ministerpräsident Donald Tusks Hervorhebung der Bedeutung der Zusammenarbeit mit Deutschland in der Regierungserklärung sowie die Einigung über den EU-Reformvertrag eröffnen die außerordentliche Chance für den Beginn eines neuen Kapitels in den deutsch-polnischen Beziehungen. Die Tatsache, dass ein von ihm im Wahlkampf vorgestellter konstruktiver An-

satz in Polens Deutschlandpolitik bewusst honoriert wurde, ist eine wichtige positive Weichenstellung. Dabei sind die bilateralen Beziehungen gar nicht schlecht. Dank der Mitgliedschaft beider Länder in der Europäischen Union, soliden Vertragsgrundlagen und der ausgezeichneten Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen, der Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen, wissenschaftlichen Institutionen und auf der regionalen Ebene entwickeln sie sich auf einem stabilen Fundament. Dies wird auch durch die poli-

tische Vertrauenskrise der letzten Jahre nicht in Frage gestellt. Als Kopernikus-Gruppe haben wir jedoch immer wieder unterstrichen, dass Deutschland und Polen eine größere Aufgabe haben und als direkte Nachbarn und Partner gemeinsam eine wichtige Rolle in der erweiterten Europäischen Union spielen sollten. Wenn also die Zusammenarbeit der Nachbarn derzeit kaum einen Mehrwert im Prozess der europäischen Integration darstellt, dann ist das Anlass zur Sorge.

Die Schwierigkeiten in den deutsch-

polnischen Beziehungen sind kein Ergebnis der letzten zwei Jahre. Sie betreffen Fragen wie die Ostseepipeline und die Ostpolitik der EU, wie auch die Kulturgüterfrage, Eigentumsansprüche und die Erinnerung an die Tragödie der Aussiedlungen und Vertreibungen. Der Mangel an gegenseitigem Verstehen zwischen den Eliten ist nicht allein einer vorübergehenden politischen Konstellation geschuldet. Er reicht tiefer: In Polen dominiert das Gefühl, keine gleichberechtigte Partnerschaft mit Deutschland erreicht zu haben, und in Deutschland ist die Überzeugung weit verbreitet, die polnischen Partner hegten unbegründete Vorbehalte gegen Deutschland. Die politische Wende in Polen im Ergebnis der Parlamentswahlen vom Herbst 2007 führt nicht automatisch zur Lösung dieser Probleme. Deshalb könnte sich die Euphorie, mit der sie in Deutschland begrüßt wurde, als eine Falle erweisen, wenn man nur passiv auf ein deutsch-polnisches Wunder warten würde. Die erstmals seit Jahren wieder positive Grundstimmung auf politischer Ebene zwischen Deutschland und Polen öffnet aber ein Fenster der Gelegenheit, das allerdings nicht ewig offen stehen wird. Ob diese Chance genutzt wird, hängt davon ab, ob auf beiden Seiten der gute Wille und die politische Vorstellungskraft ausreichen, um in den vor uns liegenden Monaten geeignete Schritte zu unternehmen.

Die vergangenen Jahre haben sehr deutlich gemacht, dass der Aufbau einer zukunftsorientierten deutsch-polnischen Partnerschaft nicht möglich ist, ohne dass eine Sprache des wechselseitigen Respekts gefunden wird, mit dem die Vergangenheit beschrieben werden kann. Einer der wichtigsten Gegenstände deutsch-polnischer Kontroversen im letzten Jahrzehnt war die Frage der Erinnerung an das Vertriebenenschicksal in Berlin und der Plan für ein Zentrum gegen Vertreibungen. Die deutsche Diskussion hierzu ist in den letzten Wochen in eine entscheidende Phase getreten. Die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD waren schon in ihrer Koalitionsvereinbarung von 2005 übereingekommen, eine entsprechende Institution zu errichten (ein „sichtbares Zeichen“), deren Struktur, Konzeption und Standort derzeit diskutiert werden. Auch wenn dieses Projekt nicht bedeutet, dass der in Polen kritisierte Plan des Bundes der Vertriebenen für den Bau eines Zentrums verwirklicht wird, so weckt es in Polen doch weiterhin Befürchtungen. Wer die Frage der „Vertreibung“ als die elementare Erfahrung des 20. Jahrhunderts darstellt, verdreht das Bild von der Geschichte Europas. Außerdem werden die tatsächlichen Ursachen der Vertreibungen, die Kriege, insbesondere der vom nationalsozialistischen Deutschland verursachte Zweite Weltkrieg, und der Totalitarismus ausgeblendet. Wir

sind der Ansicht, dass diese Fragen – nicht nur die Erinnerung an die Vertreibungen, sondern weiter verstanden: die Erinnerung an die Geschichte des 20. Jahrhunderts überhaupt – im Geist der deutsch-polnischen Verständigung gelöst werden kann. Dies ist umso notwendiger, als das Jahr 2009 mit den wichtigen Jahrestagen des Beginns des Zweiten Weltkriegs, des demokratischen Umbruchs in Polen und des Falls der Berliner Mauer näher rückt. Es sollte das Ziel Polens und Deutschlands sein, darauf hinzuwirken, dass diese Jahrestage nicht zu einem weiteren Anlass für historische Forderungen, Erinnerungskonkurrenz und gegenseitige Vorwürfe werden.

Aufgrund einer günstigen politischen Konjunktur besteht heute die Chance, dass dies gelingt. Wir sind der Meinung, dass die Regierungen Polens und Deutschlands schnellstmöglich mit Gesprächen über das Thema beginnen und eine Lösung suchen sollen, die es ermöglicht, den langjährigen Streit um die Institutionalisierung von Erinnerung und um Geschichtspolitik beizulegen. Die Kopernikus-Gruppe legt hierzu einen eigenen Vorschlag vor. Er hat nicht nur das Ziel, einen Kompromiss zwischen Polen und Deutschland herbeizuführen. Er nimmt die Bedenken der Nachbarn Deutschlands angesichts der deutschen Vertreibungsdebatte des vergangenen Jahrzehnts ernst und sucht nach einer adäquaten Beschreibung von Ursachen und Wirkungen im Zusammenhang mit der Vertreibung der Deutschen aus Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa und deren Platz im kollektiven Gedächtnis der Deutschen und ihrer Nachbarn.

Vorschlag

Die Kopernikus-Gruppe schlägt vor, die Idee des „sichtbaren Zeichens“ um eine Dokumentation und Erinnerung an die Vertreibung unter dem Dach eines *Museums der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der Versöhnung* zu erweitern. Der Zweite Weltkrieg nahm seinen Anfang mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen. Deshalb sollte das Projekt aus einer deutsch-polnischen Initiative entstehen, der sich die europäischen Nachbarn anschließen können. Damit wird nicht vorgeschlagen, den politischen Entschluss, an die Vertreibung der Deutschen in Berlin öffentlich zu erinnern, zu revidieren. Vielmehr soll für das „sichtbare Zeichen“ ein würdiger europäischer Rahmen geschaffen werden. In einem solchen Museum würde selbstverständlich die Erinnerung an die Geschichte der Vertreibung den ihr gebührenden Platz einnehmen.

Der Zweite Weltkrieg ist bisher überall weitgehend in seinen diversen Teilaspekten musealisiert worden, als Warschauer Aufstand, als Okkupation eines

bestimmten Landes, als Selbstbehauptung einer Gesellschaft usw. Für die einzelnen betroffenen Länder bzw. Gesellschaften war und ist dies legitim. Ein *Museum der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der Versöhnung* würde es möglich machen, die einzelnen, meist national geprägten Teilaspekte miteinander in Verbindung zu setzen und in einer europäischen Perspektive zu vermitteln. Dementsprechend würden hier auch Flucht und Vertreibung in den historisch-politischen Kontext gestellt werden.

Für die nationale deutsche Erinnerungskultur wird ein solches Museum wichtige Impulse im Sinne der „historischen Selbstaufklärung“ geben, wie sie der Berliner Historiker Heinrich-August Winkler einfordert. Das Museum wird die Kenntnis in Deutschland darüber vertiefen, dass der Zweite Weltkrieg bis heute für die polnische Erinnerungskultur einen ganz wesentlichen Bezugspunkt darstellt; es wird somit ein wichtiger Faktor für die weitere Verbesserung und Vertiefung zukunftsgerichteter deutsch-polnischer Beziehungen sein.

Das *Museum der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der Versöhnung* verstehen wir freilich nicht als deutsch-polnische Nabelschau. Die Einladung, sich an der Entwicklung seiner Konzeption zu beteiligen, geht grundsätzlich an alle Betroffenen in Europa. Dabei kann die Schaffung einer den Zweiten Weltkrieg betreffenden europäischen Erinnerungskultur nur in der behutsamen Suche nach Gemeinsamkeiten, also nach gemeinsamen Schnittmengen der Erinnerung bestehen.

Der Unvergleichbarkeit des Holocausts gebührt eine gesonderte Erinnerung, die nahezu alle – auch die nicht direkt am Zweiten Weltkrieg beteiligten – europäischen Staaten betrifft. Sie hat daher inzwischen eine sich zunehmend internationalisierende Erinnerungskultur hervorgebracht.

Die Kopernikus-Gruppe schlägt ein europäisch ausgerichtetes *Museum der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der Versöhnung* vor, schließlich hat der Krieg den gesamten Kontinent in Mitleidenschaft gezogen. Da der Zweite Weltkrieg in Berlin geplant wurde und mit dem Fall von Berlin sein Ende fand, halten wir es für sinnvoll, dass ein solches Museum in Berlin seinen Platz hat. Ein wesentlicher ergänzender Ort für ein solches Museums sollte Warschau sein – ein Symbol der Zerstörung und des Widerstandes gegen die Vernichtungspolitik des Dritten Reichs. Die gemeinsame Initiative von Deutschen und Polen könnte zu einem beispiellosen und herausragenden Symbol der Versöhnung der beiden Nationen werden.

Wir knüpfen an unser Arbeitspapier VI („Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen“. Handlungsempfehlungen

für eine Konzeption) vom Dezember 2003 an und plädieren auch hier für einen „Rat der Weisen“ und international besetzte Expertengremien, deren Aufgabe es wäre, das Museum in europäischem Geist und unter respektvoller Berücksichtigung der unterschiedlichen Erinnerungen entstehen zu lassen. Hier kann gezeigt werden, dass Erinnerungspolitik nicht zur Abgrenzung der europäischen Gesellschaften voneinander missbraucht wird, sondern dass geschichtspolitisch offen agiert werden kann. Alle Europäer wären gleichermaßen mit einbezogen. Denn die Unterschiede zwischen dem Krieg im Westen und dem im Osten, dem Krieg in Südeuropa und in Nordeuropa werden ein wichtiges Thema dieses Museums sein müssen.

Hier kann auch an alle Opfer erinnert werden, ohne Aufrechnung und ohne Mythisierung, ohne dass irgendwelche Opfer privilegiert und andere verschwiegen werden. Der Komplex der Vertreibung der Deutschen fände seinen Platz und würde als das Drama anerkannt, das er war – ebenso das Vertreibungsschicksal der Polen während des Zweiten Weltkriegs und danach. Die Vertreibung gehört zu den viel gedeuteten, aber noch immer zu wenig detailliert erforschten Themenbereichen der Zeitgeschichte. Die entsprechenden Forschungsdesiderate könnten während der Vorarbeiten für das zu errichtende Museum in einem europäischen Forschungsverbund, der sich nicht nur auf die mitteleuropäischen Länder beschränken sollte, aufgearbeitet werden.

Wer heute das 20. Jahrhundert als „Jahrhundert der Vertreibungen“ bezeichnet, bringt eine spezifisch deutsche Deutung der Geschichte der letzten hundert Jahre zum Ausdruck. Deshalb kann es kaum verwundern, dass die bisherige Reaktion der europäischen Nachbarn, auch der Nachbarn, die selbst von großen Vertreibungstragödien betroffen waren, hauptsächlich zwischen Empörung, höflichem Abwinken und Desinteresse schwankte. Das für die Startphase als deutsch-polnisches Projekt gedachte *Museum der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der Versöhnung* würde potenziell alle europäischen Nationen unmittelbar ansprechen und könnte daher auf ein viel größeres Interesse stoßen. Denn es ist nicht nur nach Osten, sondern auch nach Westen, Süden und Norden gleichermaßen gerichtet. Es ist europäisch, es wird Gelegenheit geben, die Erinnerungen der einzelnen nationalen Gesellschaften Europas zu zeigen und zu respektieren, es geht ehrlich mit der Vergangenheit um und ist damit gleichzeitig zukunftsorientiert.

Das Papier findet sich unter:
<http://www.deutsches-polen-institut.de/Institut/index.php>

CDU zerredet die ganze Zeit ein NPD-Verbot

Handeln statt warten!

175.000 Unterschriften für ein Verbot der NPD hat die VVN/BdA inzwischen gesammelt; sie wollte sie dem Bundestagspräsidenten übergeben. Der lehnte einen Empfang der bekannten Antifaschistin Esther Bejarano einfach ab, ebenso der Petitionsausschuss des Bundestages.

Dies lässt tief blicken auf das so genannte „Bündnis der Demokraten gegen den Rechtsextremismus“. So wurde im Vorfeld der Innenministerkonferenz am 6./7. Dezember viel über ein Verbot der NPD diskutiert. Herausgekommen ist aber nichts. Die CDU hält faktisch ihre schützenden Hände über die NPD, weil sie sich weigert, die Verfassungsschutzspitze abzuziehen. In der Diskussion über ein Verbot der NPD wird immer deutlicher: Ohne dieses geht es nicht.

Der Berliner Staatsrechtler Ulrich Battis erklärte:

„Ich glaube nicht, dass man bei einem neuen Verbotsantrag besonders gute Karten hätte. Sie wissen, wie das letzte Verfahren ausgegangen ist. Die Richter sind überwiegend noch dieselben. Die V-Leute sind wahrscheinlich auch noch dieselben. Solange sich das nicht ändert, sind die Chancen nicht so gut. Das ist mehr Schaukampf als wirklich real. Man kann das wieder in Angriff nehmen, wenn die V-Leute abgeschaltet sind ... Aber die Verfassungsschützer brauchen in der NPD nicht so viele V-Leute, wie sie sie hatten. Sie müssen und können das verändern.“¹

Man sei sich einig über die Bewertung der NPD, aber uneinig, wie man handeln solle, erklärte Innenminister Schäuble. Diese Reaktion des sonst so handlungswütigen Bundesinnenministers muss die NPD doch als Freifahrtschein für ihre neonazistische Hetze betrachten. Wobei Landtagsabgeordnete der LINKEN darauf hinweisen, dass das Wechselspiel zwischen NPD und Kameradschaften in den neuen Bundesländern immer offensichtlicher wird. Aber auch an das Verbot der Kameradschaften gehen die Landesinnenminister und der Bundesinnenminister nicht ran – eine Möglichkeit, neue Fakten im Rahmen eines Verbotsszenarios zu schaffen. Stattdessen machte der Berliner Innensenator Körting, SPD, den Vorschlag, rechten Stiftungen die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Da es aber überhaupt noch keine NPD-Stiftung gibt, ist dies ein Vorschlag, der ins Leere läuft. Wichtig wäre eher, Bündnisorganisationen und Pressemédien zu torpedieren, die Kontakte zu Rechtsextremen halten. Handeln, wo man handeln kann: Z.B. gab der Journalist Peter Scholl-Latour in der rechtsextremen Zeitung „Junge



Freiheit“ nicht zum ersten Mal ein Interview.² Warum wird diese Person nicht politisch isoliert. Stattdessen tritt er bei Talk-Shows als Zeitzeuge in Erscheinung. Sogar die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat Scholl-Latour Gehör verschafft.

Die Zeitung „Junge Welt“ weist in einem Beitrag von Ulla Jelpke darauf hin, „dass in vielen Kommunalparlamenten die strikte Ablehnung von NPD-Anträgen ohne Debatte dazu geführt hat, die öffentliche Resonanz für Neonazis deutlich zu senken.“³

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung schlussfolgert: „Für eine erfolgreiche und lebendige Auseinandersetzung mit dem lokalen Rechtsextremismus ist es wichtig (und Voraussetzung), möglichst alle relevanten institutionellen Akteure und möglichst viele engagierte Bürgerinnen und Bürger in ein dauerhaftes Kooperationsnetz bzw. bürgerschaftliches Netzwerk, eine dialogische Kultur der Zusammenarbeit und ein optimistisches Klima einzubeziehen – hin zu einer gemeinwesenorientierten Gesamtkultur.“⁴

Ein Verbot der NPD wird nur kommen, wenn das politische Engagement gegen den Rechtsextremismus nicht nachlässt.

Wenn die Innenminister jetzt angekündigt haben, „Scientology“ in einem halben Jahr verbieten zu wollen⁵, dann werden wir mit Interesse verfolgen, welche Rolle V-Leute dabei spielen bzw. hoffentlich nicht spielen.

Jörg Detjen

1 Kölner Stadt-Anzeiger, 7.12.2007,

2 Junge Freiheit Nr. 4/2007, 30.11.2007

3 Junge Welt, vom 7.12.2007

4 Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie, Benno Hafeneeger und Sven Schönfelder, Philipps-Universität Marburg/Lahn Fachbereich Erziehungswissenschaften, Institut für Erziehungswissenschaft. Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.

5 FAZ vom 8.12.2007

USA

Regierung vereinbart Zinsmoratorium für Hypotheken

Die US-Bundesregierung hat Mitte letzter Woche ein mit einer Reihe von großen Banken vereinbartes, zeitlich befristetes „Zinsmoratorium“ für Hypothekenkredite verkündet. Wie das „Wall Street Journal“ bereits Ende No-

vember berichtet hatte, handelt es sich bei den beteiligten Banken unter anderem um die „Citigroup“, die größte US-Bank, die „Wells Fargo & Co“ (2006 fünftgrößte Bank in den USA) und die vor allem im Hypothekengeschäft engagierten „Washington Mutual“ und „Countrywide Financial“, 2006 auf der Liste der größten US-Banken auf den Plätzen 8 und 10. Die „Washington Mutual“ war ursprünglich, wie der Namensteil „mutual“ andeutet (auf deutsch: „gegenseitig, zum beiderseitigen Nutzen“), eine Art Spar- und Darlehensgenossenschaft. Sie ist derzeit drittgrößter Kreditgeber im Hypothekengeschäft in den USA. Die Countrywide Financial ist die größte Hypothekenbank in den USA.

2 Millionen Kredite mit 330 Milliarden Dollar Kreditvolumen in Gefahr

Das Moratorium soll sich nach Presseberichten auf mehr als zwei Millionen Kreditverträge erstrecken, mit denen US-Bürger in den vergangenen Jahren ihre Immobilienkäufe finanziert haben und bei denen infolge der Immobilienkrise nun massive Zinsanhebungen drohen. Im Unterschied zur hiesigen Praxis sind Hypothekenkredite in den USA ebenso wie z.B. in Großbritannien in der Regel mit einem variablen Zins belastet. Typischerweise beginnen sie mit niedrigen Zinsen, die im Laufe der Jahre dann stetig steigen. Derzeit liegen die Zinsen in den USA für einen 30-Jahreskredit zwischen 7 und 8%, erhöhen sich dann aber rasch auf 9,5 bis 11%. Durch die im Sommer ausgebrochene so genannte „Subprime-Krise“, den Wertverfall von Finanzpapieren, die von den großen Banken weltweit auf Basis von Hypothekenkrediten mit geringer Sicherheit aufgelegt und gehandelt wurden, droht vielen US-Familien jetzt jedoch ein noch stärkerer Zinsanstieg. Vielen, so die „Berliner Zeitung“, drohe im kommenden Jahr ein Zinsanstieg auf bis zu 13%. (7.12.07)

„Mehr als 1,5 Millionen Hausbesitzer mit einem Hypothekenvolumen von 330 Milliarden Dollar müssen im kommenden Jahr mit zum Teil drastischen Zinserhöhungen auf ihre Hypotheken rechnen“, hatte das „Handelsblatt“ schon vorher berichtet (3.12.07). Insbesondere einkommensschwache Kreditnehmer würden die zusätzlichen Belastungen von mehreren hundert Dollar mehr pro Monat vermutlich nicht tragen könnten.

Die Folge eines solchen Zinsanstiegs wären massenhafte Insolvenzen von überschuldeten Familien, Notverkäufe von Wohneigentum und eine damit verbunden wachsende Wohnungsnot. Schon jetzt ist die US-Baukonjunktur gekippt. Die Zahl der Neubauten von Wohnungen sinkt, die Preise für Wohnungen, die jahrelang in zum Teil schwindelerregende Höhen gestiegen waren, gehen in den Keller. Allein im

dritten Quartal 2007 fielen die Immobilienpreise in den USA um 4,5 Prozent.

Die US-Notenbank (Fed) versucht nun, einer Ausbreitung dieser Krise im Immobilienmarkt auf andere Bereiche durch eine Politik der Zinssenkung gegenzusteuern. In den Medien werden bereits Erwartungen laut, der Zentralbankzins, das ist der Zins, zu dem sich große Banken Geld bei der US-Zentralbank für ihre täglichen Geschäfte leihen können, werde bis Sommer 2008 von derzeit 4,5% auf 3% sinken. Bereits für die Fed-Sitzung am 11.12. wird mit einer erneuten Zinssenkung gerechnet.

Ob diese „Politik des billigen Geldes“ aber auf den Geldmärkten wirklich durchschlägt, so dass am Ende auch die Hypothekenzinsen sinken oder zumindest stabil bleiben, ist noch offen. Zu groß ist die Unsicherheit auf den Finanzmärkten. Die Liste der seit Ausbruch der „Subprime-Krise“ beinahe wertlos gewordenen Derivate und Finanzpapiere, die nun keiner mehr haben will, wird immer länger, die Enthüllungen aus der Bankenwelt über immer neue Milliardenabschreibungen hören nicht auf. Keiner weiß derzeit, welche Folgen das auf die am Markt durchsetzbaren Zinssätze haben wird.

Fünf Jahre Zinsmoratorium für Immobilienkredite

Das nun verkündete Moratorium soll deshalb eine zusätzliche Sicherheit schaffen. US-Präsident Bush knüpft damit an sein zu Beginn der Amtszeit benutztes Selbstbild als „mitfühlender Konservativer“ an, der seinen überschuldeten Landsleuten zu Hilfe komme. Kern des Moratoriums ist, dass ab 1.1.2008 bis zu fünf Jahre lang zumindest bei einem Teil der gefährdeten Hypothekenkredite die Zinssätze eingefroren werden. Ursprünglich hatte die Regierung ein siebenjähriges Zinsmoratorium gefordert, die Banken hatten nur zwei Jahre zugestehen wollen. US-Finanzminister Paulson begründete die neue Vereinbarung auch damit, die Banken führen besser damit, wenn sie eine Zeitlang auf einen Teil der erhofften Zinseinnahmen verzichten, als wenn sie eine Zwangsvollstreckung und damit am Ende womöglich noch höhere Verluste riskieren. Die Vereinbarung solle die Immobilienbranche in den USA „vor dem Kollaps“ bewahren, schreibt die „Berliner Zeitung“.

Bernanke, der US-Zentralbankchef, und Paulson stehen unter enormem politischen Druck, der US-Wirtschaft zu Hilfe zu eilen. Eine Rezension in den USA im nächsten Jahr, dem Jahr der Präsidentschaftswahlen, soll unbedingt vermieden werden. Sonst droht den regierenden Republikanern ein politisches Desaster. *rül*

Quellen: FAZ, 30.11.07; Handelsblatt, 1./2.12., 3.12., 4.12.07, Berliner Zeitung, 7.12.07 und 8./9.12.07

Kosovo-Verhandlungen gescheitert

Spiel mit dem Feuer

„Im Südosten Europas bricht auseinander, was nie zusammengehörte“, kommentierte die Frankfurter Allgemeine am 10.12.08: Die so genannte Kosovo-Troika (USA, EU und Russland) hat gerade die Verhandlungen im Kosovo-Konflikt für beendet erklärt und ihren abschließenden Bericht der UNO zugeleitet. Während Russland weitere Gespräche zwischen Serben und Kosovo-Albanern fordert, erklärten die USA die Zeit für Gespräche endgültig für „vorbei“, und auch die größten EU-Staaten, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien, teilten den übrigen EU-Mitgliedern in einem Brief mit, dass Verhandlungen nunmehr sinnlos seien. Die USA und die meisten EU-Mitglieder scheinen bereit, mit einer schnellen einseitigen Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos den Tatsachen Rechnung zu tragen, die sie geschaffen haben. Das bringt der FAZ-Kommentar zynisch zum Ausdruck.

Tatsächlich spricht man zum ersten Mal seit Jahren wieder von einem möglichen Krieg.

Seit Februar 2006 hatten Serben und Kosovo-Albaner unter Vermittlung der Troika über den zukünftigen politischen Status verhandelt. Was hat die serbische Delegation unter der Leitung von Präsident Tadic und Premierminister Kostunica für den Kosovo nicht alles vorgeschlagen: Die Lösungsmodelle reichten von dem eines britischen Überseegebiets (wie die Falklandinseln) über das einer wirtschaftlichen Unabhängigkeit (vergleichbar mit der Hongkongs gegenüber der VR China) bis hin zur autonomen Verwaltung. Doch die kosovo-albanische Delegation hat sämtliche Vorschläge abgelehnt. Für sie ging es nur um eines: das Datum ihrer Unabhängigkeitserklärung.

Auch aus anderen gewichtigen Gründen fällt es schwer, von Verhandlungen, von der Ausgestaltung eines für beide Seiten tragbaren Kompromisses und darauf gerichteten Vermittlungsbemühungen der „internationalen Gemeinschaft“ zu sprechen. 2005 hatte der US-Generalsekretär den finnischen Diplomaten Ahtisaari als Sonderbeauftragten für den Kosovo berufen. Der legte offiziell im März 2007, nachdem die so genannte „Wiener Verhandlungsrunde“ zwischen der serbischen Regierung und den Vertretern der Kosovo-Albaner offiziell für gescheitert erklärt worden war, einen eigenen Vorschlag vor, der eine „überwachte Unabhängigkeit“ des Kosovo vorsah.¹ Dieser Vorschlag scheiterte zwar nach einer Vetodrohung Russlands im UNO-Sicherheitsrat, doch ging es den USA und der Mehrheit der EU-Staaten seither in den Verhandlungen, auch der Verhandlungsrunde

seit Oktober diesen Jahres, nur noch um die Durchsetzung dieses Ziels.

KFOR und UNMIK schaffen die Tatsachen, denen die „internationale Gemeinschaft“ nun Rechnung tragen will

In der ganzen Zeit hat die UNMIK, die im Wesentlichen von der NATO dominierte UN-Verwaltung für den Kosovo, eine Reihe von Fakten geschaffen, die dieses Ziel unterstützten. Der UNMIK obliegt die Koordinierung der humanitären Hilfe, Instandsetzung und Aufbau der Infrastruktur, von Schulen und Krankenhäusern, die Umwandlung von Regierungseinrichtungen und der Aufbau neuer Organe und einer modernen Zivilverwaltung. Insbesondere hat sie dafür zu sorgen, dass die Institutionen den allgemeinen Menschenrechtsnormen entsprechen und dem multi-ethnischen Charakter der Gemeinden im Kosovo Rechnung tragen. Die UNMIK hat diese Aufgaben jedoch sehr einseitig ausgelegt: Sie hat zugelassen, dass jugoslawische bzw. serbische hoheitliche Staatssymbole verboten, mit eigenen Kraftfahrzeugkennzeichen kosovarische hoheitliche Symbole eingeführt, u.a. neue Identitätsdokumente ausgegeben und die Landeswährung zunächst durch die DM, dann durch den Euro ersetzt wurde, serbisches Eigentum entschädigungslos privatisiert und kosovarisch-albanische bewaffnete Einheiten installiert wurden. Sie hat sich im Zusammenspiel mit der KFOR geweigert, die in der Resolution 1244 ausdrücklich zugesagte Rückkehr jugoslawischer bzw. serbischer Einheiten zur Sicherung der Außengrenzen zuzulassen. Was die Gewährleistung des „multiethnischen Charakters“ des Kosovo angeht, so war bereits 2005 die „International Commission on the Balkans“, der hauptsächlich ehemalige Staats- und Regierungschefs sowie Außenminister angehörten, darunter Richard von Weizsäcker, zu dem vernichtenden Urteil gelangt: „Die internationale Staatengemeinschaft hat in ihrem Versuch, Sicherheit und Entwicklung in die Provinz zu transportieren, ganz offensichtlich versagt. Ein multiethnisches Kosovo existiert nicht – außer in den bürokratischen Einschätzungen der internationalen Staatengemeinschaft. (...) Die Situation der serbischen Minderheit im Kosovo ist die größte Anklage gegen den Willen und die Fähigkeit Europas, seine eigenen proklamierten Werte zu verteidigen.“²

Von Zehntausenden geflüchteten Serben sind gerade 7 100 zurückgekehrt. 18.000 KFOR-Soldaten haben die Übergriffe auf die serbische Bevölkerungsgruppe insbesondere 2004 nicht verhindert. Amnesty international macht UNMIK und KFOR ausdrücklich für die ständige große Unsicherheit insbesondere auch der im Kosovo lebenden Roma verantwortlich. Sie leben unter

erbärmlichen Umständen. Vor allem aber ist das Verbrechen der größten Roma-Vertreibung seit dem Zweiten Weltkrieg – 120.000 Roma wurden binnen weniger Wochen aus dem Kosovo vertrieben – ungesühnt.³

Obstruktion

„Einseitig war die Verweigerungshaltung Russlands, das sich an den internationalen Investitionen im Kosovo weder finanziell noch militärisch beteiligt, aber durch Obstruktion in Erscheinung tritt, die fadenscheinig mit der Sorge um das Völkerrecht bemäntelt wird.“ So will die FAZ (10.12.) das Scheitern der Verhandlungen interpretiert sehen. Tatsächlich argumentiert sowohl Serbien wie Russland, das die serbische Position unterstützt, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht. Die UN-Resolution 1244, die den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Nato gegen Jugoslawien beendete, hat den Status des Kosovo nämlich so geregelt: Kosovo bleibt, ausgestattet mit „substanzieller Autonomie“, ein Teil der Bundesrepublik Jugoslawien bzw. Serbiens. Auch die UN-Resolution 1345, die 2001 beschlossen wurde, als der Kosovo bereits fast zwei Jahre von der UNMIK verwaltet wurde, bekräftigte die Souveränität und territoriale Integrität der BR Jugoslawien. Eine von den USA und den großen EU-Mitgliedstaaten unterstützte einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo obstruiert einen zentralen Baustein des bisherigen Völkerrechts; die allgemeinen Auswirkungen sind kaum absehbar.

Auch deshalb trägt der „Rest der Welt“ die drohende einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo keineswegs so eindeutig mit, wie es der FAZ-Kommentar nahe legt. Wenn der Rat der EU am 13. Dezember die Kosovo-Frage diskutiert, werden die Meinungsverschiedenheiten wohl offen zutage treten. Fünf EU-Mitglieder – Spanien, die Slowakei, Rumänien, Griechenland und Zypern – lehnen zumindest bisher die von der EU-Mehrheit verfolgte Anerkennungspolitik ab, nicht zuletzt auch deshalb, weil sie wie etwa Spanien erheblichen Auswirkungen auf die Konflikte im eigenen Land befürchten, wenn die „internationale Gemeinschaft“ den Kosovo in Verletzung des Völkerrechts von Serbien abtrennt.

Auch andere Staaten fürchten, dass der Kosovo bereits am 15. Januar einseitig die Unabhängigkeit erklärt, unterstützt durch die USA, durch Frankreich, Großbritannien, Italien und die BR Deutschland (die sich allerdings mehr im Hintergrund hält, nachdem sie durch die vorpreschende Anerkennung Kroatiens den blutigen jugoslawischen Zerteilungskrieg maßgeblich mit zu verantworten hatte).

Diese drohende Lostrennung wirft ihre Schatten voraus. In den letzten Wochen kam es im Westen von Mazedonien,

wo eine große albanische Bevölkerungsgruppe lebt, immer wieder zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und bewaffneten Gruppen. Im Norden, in Bosnien-Herzegowina, verschärfen sich die Konflikte. Die italienische Tageszeitung La Stampa prophezeite Mitte November: „Wenn die Kosovaren sich unabhängig von Serbien machen, droht Bosnien zu explodieren.“ Der bosnische Vertreter im dreiköpfigen Staatspräsidium betreibt die Aufhebung des Status quo und will den Einheitsstaat; in den USA warb er kürzlich für eine Resolution des US-Kongresses, die serbische Entität abzuschaffen. Der Hohe Kommissar will die Kompetenzen der Serbischen Republik einschränken und erreichen, dass zukünftig die Vertreter der Serben in Ministerrat und Parlament überstimmt werden können; daraufhin trat der derzeitige Vorsitzende des gesamtbosnischen Ministerrats, der Serbe Spiric, zurück. Einige Kräfte streben ein Referendum an, dass die Möglichkeit der Lostrennung beinhaltet.

Vor allem aber spitzt sich im Kosovo selbst die Situation zu. Es wird gemutmaßt, dass sich die im Nordteil der Stadt Kosovska Mitrovica lebenden Serben und die serbischen Gemeinden vom Kosovo lostrennen wollen. Wegen befürchteter Unruhen hat die Bundeswehr im November ein 600 Mann starkes Reservebataillon aus Bayern in die serbischen Siedlungsgebiete des Kosovo verlegt. Weitere Reservebataillone aus anderen EU-Ländern stehen bereit.

Die von den USA und den großen EU-Staaten maßgeblich mit geförderte Entwicklung ist höchst gefährlich. So oder so steht fest, dass eine einseitige Unabhängigkeitserklärung zwar die Grenzen auf dem Balkan verändern und alte Konflikte neu verschärfen, aber keinen unabhängigen Staat schaffen wird. Mit der Lostrennung von Serbien wird die Provinz auf lange Sicht zum EU-Protektorat. Halb hoffnungsvoll, halb besorgt fragt dann auch das „Handelsblatt“ (7.12.): „...besiegelt das Kosovo den Aufstieg der Europäischen Union zu einem friedlichen Imperium, das sich sogar ein eigenes Protektorat auf dem Balkan leisten kann?“

Christiane Schneider

1 Der Vorschlag wurde zwar im März 2007 vorgelegt, datiert aber bereits vom 2. Februar 2007, als die Wiener Verhandlungsrunde noch in vollem Gange war; offensichtlich betrachtete der Sondergesandte diese Verhandlungen selbst als Farce, deren Ende er nur noch pro forma abwartete.

2 Zitiert nach: Alexander S. Neu, Kosovo in völker- und verfassungsrechtlicher Sicht, Ossietzky 15/2007, 6.8.07

3 Nachdem die Bundesrepublik bisher nicht gezögert hat, Roma in das für sie unsichere Kosovo abzuschieben, ist zu befürchten, dass mit der Unabhängigkeit der Provinz eine große Abschiebungswelle einsetzt.

Weitere Quellen: Neues Deutschland, mehrere Ausgaben, Schweizer Wochenzeitung vom 6.12.



PKK legt Friedensvorschlag vor

Die PKK hat einen neuen Vorschlag zur Lösung des Konflikts mit der Türkei vorgelegt: Anerkennung der kurdischen Identität, Aufnahme der kulturellen Rechte der verschiedenen Ethnien in der Verfassung, freie Ausübung der kurdischen Sprache und Kultur, muttersprachlicher Unterricht, Anerkennung des Kurdischen als zweite Amtssprache in den kurdischen Provinzen der Türkei, Recht auf freie politische Betätigung und Organisation, Aufhebung der sozialen, geschlechtlichen und diskriminierenden Ungleichheiten in Verfassung und Gesetzen. Zur gesellschaftlichen Versöhnung verlangt die PKK eine Amnestie beider Seiten und die Freilassung aller politischer Gefangenen einschließlich Abdullah Öcalans. Für die Entwicklung in den kurdischen Provinzen werden der Abzug der Spezialkriegskräfte, die Abschaffung des Dorfschützersystems und soziale und wirtschaftliche Projekte zur Ermöglichung der Rückkehr der aus den Dörfern vertriebenen Menschen gefordert. Die PKK will eine Neufassung der Kommunalge-

setze, die die Kommunalverwaltungen stärkt. Als letztes wird ein vom türkischen Staat und der PKK festgelegter zeitlicher Stufenplan für die Niederlegung der Waffen sowie den Beginn der Teilnahme der Guerillakräfte am gesellschaftlichem und demokratischen Leben gefordert.

Sozdar Avesta vom Exekutivrat des KNC erklärte, dass für die PKK „neuerliche Forderungen nach einem Waffenstillstand, die nicht an konkrete Vorschläge für politische Schritte gekoppelt sind, sinnlos“ wären. Forderungen nach einem bedingungslosen Niederlegen der Waffen hingegen bezeichnete sie als „eine Beleidigung des kurdischen Volkes und seines berechtigten Kampfes“. Sie wies darauf hin, dass, wenn es konkrete Vorschläge zur Lösung der kurdischen Frage gäbe, man „immer bereit wäre, diese zu diskutieren und in Verhandlungen darüber einzutreten.“ *(Bild: Türkische Armee im irakisch-türkischen Grenzgebiet. Anfang Dezember führte sie laut „Die Presse“ einen größeren Angriff auf ein Lager der PKK im Nordirak durch)*

Britische Truppen hinterlassen im Irak ein Gewalt-Erbe

Der Verteidigungsausschuss des britischen Parlaments hat in einem Bericht über den Abzug der britischen Truppen der Erklärung der Regierung entschieden widersprochen. Die britischen Truppen haben das erklärte Einsatzziel – Sicherheit für die Entwicklung repräsentativer politischer Institutionen im Südosten des Irak herzustellen – nicht erreicht und hinterlassen bei ihrem Abzug ein Erbe von Gewalt und Anarchie, heißt es in dem Bericht. Die derzeitige „relative Sicherheit“ in der südirakischen Erdölstadt Basra liege weniger am Einsatz der britischen Truppen; sie erkläre sich vielmehr aus einer fragilen Machtbalance zwischen kriminellen Banden und Milizen. Die von den Briten installierte Polizei sei mit mörderi-

schen, korrupten und von den Milizen beeinflussten Elementen durchsetzt. Seit Beginn des Irak-Krieges sind 173 britische Soldaten ums Leben gekommen. Im September hatten sich die letzten Soldaten aus Basra zurückgezogen, bis zum Frühjahr soll die Zahl der im Irak stationierten britischen Truppen um mehr als die Hälfte auf 2.500 reduziert worden sein. *(Quelle: Basler Zeitung, 3.12.)*

China: Modernisierung der Arbeitsgesetze

Die chinesische Regierung leitet mit Beginn 2008 eine weitreichende Modernisierung der Arbeitsgesetzgebung und des Arbeitsmarktes ein. Am 1.1.2008 tritt ein Gesetzespaket in Kraft, mit dem zum einen die Rechte der Arbeitneh-

mer und zum anderen die Rechtssicherheit ausländischer Investoren gestärkt werden sollen. Mit den Gesetzen werden der Kündigungsschutz erweitert, der Anspruch auf schriftliche Arbeitsverträge ausgeweitet, prinzipiell gleicher Lohn für gleiche Arbeit zum Maßstab erhoben, Schlichtungsverfahren für Konflikte am Arbeitsplatz festgelegt und der Anspruch auf Abfindungen ausgeweitet. Einer europäisch-chinesischen Studie zufolge werden damit die Lohnstückkosten steigen, das die Studie zu verantwortende Adecco Institut sieht jedoch einen Vorteil für Investoren darin, dass die Gesetze für mehr Transparenz und Rechtssicherheit sorgen. Die Gesetze, so heißt es in einer Stellungnahme, lieferten den „strategischen Fahrplan“ für die kommenden 10 bis 15 Jahre. Sie sollen die hohe Arbeitskräftefluktuation verlangsamen, besseren Schutz von Patenten und Geschäftsgeheimnisse gewährleisten und Anreize für Arbeitgeber bieten, in die Fortbildung der Beschäftigten zu investieren. Auch die Zeitarbeit soll ausgeweitet werden. Hintergrund seien, so die Studie, der wachsende Fachkräftemangel und die demographischen Veränderungen, insbesondere die Alterung der Erwerbsbevölkerung – 2015 soll demnach ein Drittel der Bevölkerung in China älter als 50 Jahre sein. *(Quelle: www.adeccoinstitute.com)*

Lehrerstreik in Tschechien

Rund 128.000 Lehrer/innen und Erzieher/innen beteiligten sich am 4. Dezember an einem landesweiten Streik. Allein in Prag streikten rund 12.000 Lehrer, insgesamt beteiligten sich mehr als 50% der im Erziehungswesen Beschäftigten. Die Gewerkschaften fordern die Erhöhung des Haushalts des Schulministeriums um 3 Mrd. Kronen, da mit dem aktuellen Finanzplan in Höhe von 118,5 Mrd. Kronen weder die Gehälter der Lehrer noch die Anschaffung neuer Schulausrüstungen gedeckt seien. Die Lehrergehälter sollen bei einer Inflationsrate zwischen 4,4 und 5,8% im nächsten Jahr um lediglich 1,5% steigen, real damit erheblich sinken, kritisieren die Gewerkschaften.

Zusammenstellung: scc



„Die Region darf nicht unter den Hammer kommen! – WIESBADEN. Rund 4.000 Menschen haben am Samstag, den 1. Dezember 2007 trotz teilweise strömenden Regens in der Wiesbadener Innenstadt gegen den beabsichtigten Flughafen-ausbau und für ein striktes Nachtflugverbot von 22 – 6 Uhr demonstriert. Aufgerufen hatte das Bündnis der Bürgerinitiativen (BBI) unter dem Motto „Die Region darf nicht unter den Hammer kommen!“ Das BBI kritisiert, dass Ministerpräsident Koch sein hochheiliges Versprechen ‚Kein Ausbau ohne Nachtflugverbot‘, zurückgenommen hat. www.flughafen-bi.de



Aktion gegen NS-Kriegsverbrecher in Bremen

BREMEN. Im Rahmen des Aktionstages „NS-Verbrecher zur Verantwortung ziehen“ fanden am 1.12.2007 Aktionen in insgesamt 12 Städten in der BRD und Österreich statt. In Bremen war diese Aktion eine Kundgebung im Steintorviertel. Etwa 100 Antifaschistinnen und Antifaschisten zogen vor das Haus des verurteilten NS-Kriegsverbrechers Max Josef Milde. Er wurde im Oktober 2006 von einem Militärgericht im italienischen La Spezia wegen Beteiligung an der Ermordung von 59 Menschen zu lebenslanger Haft verurteilt. In Redebeiträgen, auf Flugblättern und Transparenten wurde der ehemalige Wehrmachtssoldat aufgefordert, Verantwortung für seine Taten zu übernehmen und sich den Fragen der Überlebenden des Massakers von Civitella und ihrer Angehörigen zu stellen.

<http://de.indymedia.org> 1.12.2007

Verkehrsminister gibt kein Geld für „Zug der Erinnerung“

BERLIN. Das deutsche Verkehrsministerium weigert sich, das Gedenken an die Opfer der „Reichsbahn“-Deportationen im „Zug der Erinnerung“ finanziell zu unterstützen. Gleichzeitig verlangt die Deutsche Bahn AG von den Organisatoren der Zugausstellung Trassengebühren und erhebliche Standgelder. Gefordert werden mehrere zehntausend Euro, um Fotos und letzte Briefe der Deportierten in den deutschen Bahnhöfen zeigen zu dürfen. Einen Erlass hat das Bahnmanagement abgelehnt. Die Weigerung führt zu heftigen Reaktionen der Ausstellungsbesucher, die in unerwartet hoher Zahl in den „Zug der Erinnerung“ strömen. Nach Angaben der Veranstalter haben seit Fahrtbeginn (8. November 2007) über 20.000 Menschen den Zug aufgesucht. Um den Anfragen aus sämtlichen Bundesländern nachzukommen, müsste die ursprünglich geplante Fahrstrecke verdoppelt werden. Eine Beteiligung an den entsprechen-

den Kosten lehnt das Verkehrsministerium unter Minister Wolfgang Tiefensee (SPD) kategorisch ab. Als Mitinhaberin der Bahn AG schwimmt die staatliche Fachbehörde für das deutsche Eisenbahnwesen in Geld und beaufsichtigt Milliardenaufkäufe ausländischer Bahnunternehmen.

www.german-foreign-policy.com

Verfassungsklage der NPD gescheitert

KOBLENZ. Eine Verfassungsklage der NPD gegen den rheinland-pfälzischen Innenminister ist am 27.11.2007 vom Verfassungsgerichtshof des Landes abgewiesen worden. Die rechtsextreme Partei wollte dem Ministerium verbieten lassen, eine Broschüre „Kommunen gegen Rechtsextremismus“ zu verbreiten. In dem Heft wird unter anderem über Versuche der NPD und weiterer Gruppierungen informiert, Immobilien zu kaufen sowie Jugendliche durch Musik („Schulhof-CDs“) anzuwerben.

www.redok.de

Neonazis planen „Volksbücherei“

ANKLAM. Die der NPD nahestehende Bansiner „Initiative für Volksaufklärung“ will in der von zwei Neonazis gekauften ehemaligen Kaufhalle in der Pasewalker Straße eine „Pommersche Volksbücherei“ einrichten. Nach eigenen Angaben will sich die „Initiative für Volksaufklärung“ vor allem auf „deutschfreundliche“ Literatur spezialisieren – eine Formulierung, die nach Informationen der Zeitung Nordkurier-Anklam mittlerweile den Verfassungsschutz auf den Plan gerufen hat: Denn was nach dem Verständnis der rechten Szene „deutschfreundlich“ ist, erfüllt nicht selten den Straftatbestand der Volksverhetzung.

Doch nicht allein der Bestand an „Literatur“ dürfte die Behörden interessieren: „Wir prüfen derzeit, welche baurechtlich relevanten Sachverhalte durch die bislang bekannt gewordene

Nutzung des Gebäudes berührt werden“, sagte Kreis-Sprecher Christoph Krohn. So hat Mitte November hinter der verrammelten Fassade der einstigen Kaufhalle erstmals eine NPD-Parteiveranstaltung stattgefunden, wobei die Polizei von rund 200 Teilnehmern ausgeht. Und auch künftig rechnen die Rechten mit zahlreichen Besuchern: Ihre „Volksbücherei“ werde einen Veranstaltungs- und Leseraum aufweisen, kündigen sie in einem mit einem Spendenaufruf verbundenen Flugblatt an ... Anklaams Bürgermeister Michael Gandler (parteilos) unterdessen ist überzeugt, dass das Baurecht nicht nur ein auf den Einzelfall bezogenes Nutzungsverbot hergibt, sondern eine generelle Untersagung ermöglicht. Die Rechtsextremen, sagt er voraus, „werden an diesem Gebäude nicht viel Spaß haben“.

Aus Nordkurier-Anklam 7.12.2007

www.links-lang.de

Über 1 Million gegen Landminen und Streumunition

BERLIN. Anlässlich des 10. Jahrestages des Verbotes von Antipersonenminen (Ottawa-Konvention vom 3.12.1997) und der Wiener Konferenz zum Verbot von Streumunition (5.-7.12.07) hat das Aktionsbündnis Landmine.de am 1. Dezember 1.020.174 Unterschriften für ein Verbot von Landminen und Streumunition an die Bundesregierung übergeben. Deutschland gehört zu den Staaten, die über Streumunition in zweistelliger Millionenaufgabe verfügen und die Milliardensummen für die Beschaffung und Modernisierung von Streumunition ausgeben bzw. ausgegeben haben. Nach wie vor produzieren und exportieren deutsche Firmen Streumunition. Deutschland will nicht auf einen Einsatz von Streumunition grundsätzlich verzichten und spricht sich gegen ein vollständiges Verbot für diese Waffen aus und blockiert damit den „Oslo-Prozess“. Das Aktionsbündnis fordert mit dieser Aktion die Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen

Bundestages auf, ein eindeutiges und vollständiges Verbot aller Landminen und Streumunitionen in Form eines nationalen Gesetzes zu beschließen und sich für ein vollständiges und völkerrechtlich verbindliches Verbot von Streumunition im Rahmen der Verhandlungen des „Oslo-Prozesses“ einzusetzen. Zudem gilt es sicher zu stellen, dass eine ausreichende finanzielle Unterstützung für Minenopferhilfe und Minenräumung zur Verfügung gestellt wird. www.handicap-international.de

www.ag-mav.de

Protest gegen Sparkassen und Deka Bank wegen Beteiligung an Ilisu-Staudamm

BERLIN. In elf Städten Deutschlands standen am 30. November 2007 Gruppen vor den Sparkassen und informierten die Kunden darüber, wie die Deka Bank ihr Geld in der Türkei anlegt. Nichtregierungsorganisationen und kurdische Initiativen wenden sich gegen die Finanzierung des hoch umstrittenen Ilisu-Staudamms im Südosten der Türkei. Die Deka-Bank, ein Zentralinstitut der Sparkassenorganisation, finanziert den Bau des Kraftwerks mit über 100 Millionen Euro. „Mit Finanzhilfe der Deka-Bank werden mehr als 55.000 Menschen ihre Existenzgrundlage verlieren, das gesamte Ökosystem des Tigris einer ökologischen Katastrophe ausgesetzt und 12 000 Jahre altes Kulturgut zerstört – darunter die antike Stadt Hasankeyf“, erklärt Ercan Ayboga von der Initiative zur Rettung von Hasankeyf. „Die Kunden der Sparkassen sollen wissen, dass mit ihrem Geld die Zerstörung von Kulturgut und die Vertreibung von Menschen in der Türkei finanziert wird. Wir denken nicht, dass Sparkassenkunden das akzeptieren“, erklärt Heike Drillisch von der Umwelt- und Entwicklungsorganisation WEED. „Die Deka-Bank wirbt mit dem Slogan ‚Chancen ermöglichen‘ für ihr Kultursponsoring“, sagt Johan Frijns von BankTrack. „In Hasankeyf und Umgebung jedoch nimmt sie den Menschen die Chance, ihre Kulturgüter zu erhalten und ihr bisheriges Leben weiter zu führen. Widerrechtliche Enteignungen haben bereits begonnen.“

www.weed-online.org

Proteste gegen Bibliotheksschließungen

BERLIN. Enttäuscht und verbittert über den zunehmenden Kulturkahlschlag demonstrierten Bewohner von Prenzlauer Berg am 1.12.2007 gegen die beschlossene Schließung der Kurt-Tucholsky-Bibliothek in der Esmarchstraße. Die Bürgerinitiative „Pro Kiez im Böttzowviertel“ besetzte die Räume symbolisch. In wenigen Wochen hat sie mehr als 3000 Unterschriften gesam-

melt. „Kultur gehört vor allem dort hin, wo die Menschen leben – in den Kiez, in die Bezirke“, so der Sprecher der Initiative. Es sei ein Unding, dass im Großbezirk Pankow den rigorosen Sparmaßnahmen von Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) gleich zwei Büchereien zum Opfer fielen. Auch die Pforten der musikorientierten Kinder- und Jugendbibliothek in der Senefelderstraße 9 unweit vom Helmholtzplatz werden am 31. Dezember endgültig geschlossen, bestätigte der Leiter der Pankower Stadtteilbibliotheken.

Weitere 300 Menschen demonstrierten für den Erhalt der Berliner Kinder- und Jugendbibliothek in Wedding. Viele Unterschriften sind bereits gesammelt worden. In der Kundgebungsrede von Tom Schweers, einer der Organisatoren, heißt es: „Die Jerusalem-Jugendbibliothek ist nicht nur eine einfache Ausleihe. Es gibt über Monate hinaus ausgebuchte Veranstaltungen für Kindergärten und Schulen. Hier werden von pädagogisch versiertem Personal Bücherkisten für Schulklassen gepackt. Der Bücherbus ist hier beheimatet. Die Jerusalem-Jugendbibliothek ist ein Zentrum des Ehrenamtes, Bürger aus dem Kiez halten Vorlesestunden ab, helfen Kindern, die zuhause keine Unterstützung erfahren, bei den Hausaufgaben. Jugendliche surfen hier unter Aufsicht im Internet. Die Jerusalem-Jugendbibliothek ist ein gewachsener Ort, der eine sozial stabilisierende Funktion erfüllt, für die man Jahre braucht, um sie wieder aufzubauen ... Ich appelliere an alle Politiker: nehmen sie Ihren Auftrag zum Wohle des Volkes zu handeln ernst. Setzen sie sich mit Ihrer Stimme für den Erhalt der Bibliothek am jetzigen Standort ein, solange nicht für adäquaten Ersatz gesorgt ist.“

www.bibliothek.blogspot.de,

www.neues-deutschland.de, www.taz.de

Gegen Kopfnoten auf die Straße

DORTMUND. Auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz kündigten 150 Schülervertreter aus ganz NRW Demonstrationen gegen Kopfnoten an. Die von der CDU/FDP-Landesregierung neu eingeführten Bewertungen auf den Zeugnissen bezeichneten die Schüler als Disziplinarmaßnahmen, die nur einen indirekten Umgang miteinander förderten und für das soziale Klima in den Klassen stark kontraproduktiv seien. Am 19. Januar 2008 wird es eine landesweite Demonstration in Düsseldorf geben, sowie weitere Aktionen in den Schulen, zum Beispiel Schülervollversammlungen. Die Delegierten beschlossen auf der Tagung auch einen Antrag mit dem Titel „Länger pennen, besser lernen“, der einen Beginn der Unterrichtszeit zwischen 8:30 Uhr und 10:00 Uhr forderte. Der spätere Unterrichtsbeginn soll durch jugendgerechte Ganztagsange-

bote ausgeglichen werden. „Wenn man ausgeschlafen zur Schule geht, ist man viel besser drauf und kann morgens sogar noch was frühstücken“, begründet Catharina Claes (16) aus dem Vorstand der LandesschülerInnenvertretung (LSV) NRW die Forderung. Die Schüler sahen Ganztagsangebote auch als einen wichtigen Bestandteil der Gewaltprävention an Schulen. Dazu forderte die Aachener Schülersprecherin Lea Elahi (18), „Wir brauchen dringend mehr Zivilcourage und einen besseren Umgang an den Schulen miteinander“. Kopfnoten tragen ihrer Meinung nach überhaupt nicht dazu bei. www.lsvnrw.de

Völkerrechtswidriger Umgang Deutschlands mit ehemaligen Kindersoldaten

BERLIN. Die Kindernothilfe und Terre des hommes kritisieren Menschenrechtsverletzungen und Verstöße Deutschlands gegen die UN-Kinderrechtskonvention. Dies ist das Ergebnis des „Schattenberichtes Kindersoldaten“, den die beiden Organisationen in Berlin vorstellten. Er deckt erhebliche Defizite der Bundesregierung im Umgang mit ehemaligen Kindersoldaten in Deutschland auf. Kindernothilfe und Terre des hommes kritisieren außerdem die Rekrutierung von unter 18-jährigen Freiwilligen durch die Bundeswehr. Mindestens 500 ehemalige Kindersoldaten leben Schätzungen zufolge derzeit in Deutschland. Sie müssen komplizierte und belastende Asylverfahren durchlaufen. Kinderspezifische Fluchtgründe wie Zwangsrekrutierung, Missbrauch oder die Ermordung der Eltern spielen dabei asylrechtlich keine Rolle. „Der Umgang mit ehemaligen Kindersoldaten in Deutschland ist unmenschlich und völkerrechtswidrig. Obwohl sie schlimmste körperliche und seelische Verletzungen erlitten haben, werden sie bis auf wenige Ausnahmen nicht als politische Flüchtlinge anerkannt und leben in Deutschland nur mit einer Duldung – einer ausgesetzten Abschiebung“, erklärte Ralf Willinger, Kinderrechtsexperte bei terre des hommes. Zweite zentrale Forderung von Kindernothilfe und terre des hommes ist die rechtliche Festschreibung von 18 Jahren als Mindestalter für die Aufnahme in die Bundeswehr. Die Bundeswehr beschäftigt nach eigenen Angaben in diesem Jahr 304 Soldatinnen und Soldaten unter 18 Jahren in den Streitkräften. Andererseits kritisiert die Bundesregierung den Einsatz von Kindersoldaten in Asien, Afrika und Lateinamerika. „Der Protest wäre glaubwürdiger, wenn sich die Bundesregierung für einen klaren Standard, also keine Aufnahme von unter 18-Jährigen in die Bundeswehr („straight 18“) entscheiden würde“, erläuterte Barbara Dünnweller von der Kindernothilfe. www.presseportal.de

Die Verhandlung am Bundesverfassungsgericht zur 5%-Hürde bei den Kommunalwahlen

KARLSRUHE, KIEL. Das Bundesverfassungsgericht hat mit der Verhandlung über die Rechtmäßigkeit der nur noch in wenigen Bundesländern existierenden Fünf-Prozent-Hürde bei Kommunalwahlen begonnen. Der Zweite Senat prüft eine Klage der Grünen und der Partei DIE LINKE in Schleswig-Holstein gegen die Beibehaltung der Sperrklausel. Die nächsten Kommunalwahlen sind im Mai 2008.

Gerichtsvizepräsident Winfried Hassemer sagte gleich zu Beginn der Verhandlung, die Klausel sei „ohne Zweifel ein zentraler Einschnitt in das Wahlrecht eines jeglichen Landes“ und könne zu einer „erheblichen Verzerrung“ bei der Wahlgleichheit führen. Deshalb müsse es „schwerwiegende Gründe“ für die Einführung einer solchen Fünf-Prozent-Hürde geben. Die Sperrklausel bewirkt, daß bei der Verteilung der Sitze nur die Parteien oder Wählergruppen berücksichtigt werden, die mindestens fünf Prozent der Stimmen erzielt haben. Stimmen für eine Partei von weniger als 5 % werden nicht gewertet.

Stichwort Weimarer Republik

Das Stichwort Weimarer Republik fiel in der Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts über die Fünf-Prozent-Hürde am Mittwoch in Karlsruhe nur ein Mal: Gerichtsvizepräsident Winfried Hassemer wies in seinen Eingangsbemerkungen darauf hin, daß die damalige Zersplitterung der Parteienlandschaft nach Kriegsende Anlass für die Einführung der Sperrklausel gegeben hat. Der Bezug auf die Weimarer Re-

publik bedeutet immer, daß unterstellt wird, der Aufstieg des Faschismus in Deutschland habe etwas mit der damaligen Zerstrittenheit der vielen Parteien in den Parlamenten und einer daraus resultierenden Unregierbarkeit zu tun. Dafür waren bekanntlich noch ganz andere Gründe ausschlaggebend.

Doch der Bundestag ist nicht der Reichstag, und die Kreis- und Gemeindevertretungen in Schleswig-Holstein haben erst recht eine ganz andere Funktion; sie wählen keine Regierung, sondern sollen die kommunale Verwaltung kontrollieren. Die Klage der Grünen und der Partei DIE LINKE, über die die acht Richter des Zweiten Senats in Karlsruhe zu befinden haben, richtet sich gegen die Fünf-Prozent-Klausel bei Kommunalwahlen im nördlichsten Bundesland. Nur in den Stadtstaaten und gerade drei von 13 Flächenstaaten gilt heute noch eine so hohe Hürde auch für den Einzug in die Kreistage und Gemeindevertretungen.

Nach Auffassung der Kläger werden dadurch die grundgesetzlich verbrieften Rechte auf Gleichheit der Wahl und Chancengleichheit der Parteien verletzt. Schließlich seien Stimmen für die kleineren Parteien nichts wert, wenn sie wegen Verfehlens der Fünf-Prozent-Hürde nicht gezählt würden, argumentieren die klageführenden Parteien.

Ihrer Klage ist inzwischen auch die Partei DIE LINKE Schleswig-Holstein beigetreten. Der Beitritt zu diesem Verfahren war für einige Genossinnen und Genossen in DER LINKEN durchaus

nicht selbstverständlich. Ein immer wieder vorgetragenes Argument war: Dann kommen die Neo-Nazis auch in das Parlament. Was für ein Argument: Sollen wir vielleicht auch auf das Demonstrationsrecht verzichten, damit die Naziorden nicht ihre Züge durch die Straßen der Städte veranstalten?

Ihr zentrales Motiv für dieses Verfahren am Bundesverfassungsgericht ist es, Demokratie und Mitwirkungsrechte in den Kommunen näher an die Bürger heranzubringen und Bedingungen zu schaffen, daß der jeweilige Willen der der Wählerinnen und Wähler in kommunalen Parlamenten besser und gerechter abgebildet wird. So sind bei der letzten Kreiswahl in Schleswig-Flensburg alleine mehr als 7000 Stimmen wegen der 5%-Hürde einfach so als bedeutungslos unter den Tisch gefallen.

Kein Thema war in der Verhandlung, ob die Fünf-Prozent-Klausel im Bund und den Landtagen mit deren Kompetenz zur Gesetzgebung und der Notwendigkeit stabiler Koalitionen und Regierungen ihre Berechtigung habe oder nicht. Aber in den Kommunen genüge doch wohl die auch in Schleswig-Holstein längst eingeführte Direktwahl der Bürgermeister und Landräte, um die Funktionsfähigkeit der Verwaltung zu sichern, führen die Grünen und DIE LINKE jeweils in ihrer Klageschrift an. Konkret richtet sich ihr Vorstoß vor dem Bundesverfassungsgericht gegen eine Entscheidung des Kieler Landtags aus dem vergangenen Jahr: Mit der Mehrheit von CDU und SPD lehnte er den

Fällt die 5 %-Klausel im Gemeindewahlrecht in Schleswig-Holstein?

Schleswig-Holstein ist eines von nur noch sechs Bundesländern, in denen es bei den Gemeinde- und Kreistagswahlen noch eine 5 %-Sperrklausel gibt. Mit der Einführung von Sperrklauseln für Bundes-, Landtags- und Gemeindewahlen bei Gründung der Bundesrepublik Deutschland wollten die Gesetzgeber nach den Erfahrungen der Weimarer Republik eine Zersplitterung der Parlamente verhindern, der man die Schuld daran zuschrieb, dass die Weimarer Republik zeitweise praktisch unregierbar war. Sperrklauseln stehen allerdings im Widerspruch zu den im Grundgesetz verankerten Prinzipien der Gleichheit der Wahl und der Chancengleichheit der politischen Parteien, denn alle Wählerstimmen, die für Parteien abgegeben wurden, die im Ergebnis unter 5 % der Stimmen geblieben sind, werden im Wahlergebnis nicht berücksichtigt. 1952 erklärte das Bundesverfassungsgericht eine 7,5 %-Sperrklausel im Gemeindewahlrecht von Schleswig-Holstein für verfassungswidrig, erklärte je-

doch gleichzeitig, dass eine 5 %-Sperrklausel auch bei Gemeinderatswahlen unbedenklich sei, wenn dafür „zwingende Gründe“ bestünden, insbesondere wenn der Gesetzgeber sie für erforderlich halte, um die Funktionsfähigkeit der Parlamente sicherzustellen.

Allerdings gab es in Baden-Württemberg und Niedersachsen von Anfang an keine Sperrklausel bei den Gemeindewahlen. In Bayern hat der dortige Landesverfassungsgerichtshof die Sperrklausel bereits 1952 für verfassungswidrig erklärt. Hessen hat sie 2000 abgeschafft, nachdem in einer Anhörung sämtliche Verfassungsrechtler übereinstimmend der Auffassung waren, dass die Sperrklausel verfassungswidrig sei. Die neuen Bundesländer Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt verzichteten von vornherein auf eine Sperrklausel bei den Gemeindewahlen, in Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern wurde sie durch die Landesverfassungsgerichte abgeschafft, da sich die Verhältnisse seit 1952

geändert haben und die Prognose, dass ohne die Sperrklausel die Funktionsfähigkeit der Gemeindevertretungen gefährdet sei, insbesondere nach der Einführung der Direktwahl der Bürgermeister und Landräte nicht mehr gerechtfertigt sei. Gemeindevertretungen sind keine Parlamente, sondern Selbstverwaltungsorgane, sie müssen keine Regierung bilden und sie sind auch nicht gesetzgebend, sondern ihrerseits an die Gesetze des Bundes und der Länder gebunden. In ihnen sollen die Interessen der Bürger vor Ort möglichst unmittelbar zum Ausgleich gebracht werden. Deshalb wurde gerade auf Gemeindeebene keine Rechtfertigung mehr für die mit der Sperrklausel verbundene Einschränkung der Demokratie gesehen. So gibt es die Sperrklausel außer in Schleswig-Holstein nur noch in Thüringen und im Saarland sowie in den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin. In Rheinland-Pfalz gilt eine 3 %-Sperrklausel. Aus keinem Bundesland ohne Sperrklausel wurde berich-

Wahlen in Schleswig-Holstein

Antrag der Grünen auf Abschaffung der Sperrklausel bei Kommunalwahlen ab. Dafür hatten neben den Grünen noch die FDP und der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) gestimmt, der als Partei der dänischen Minderheit selbst bei Landtagswahlen von der Fünf-Prozent-Hürde befreit ist, bei der Kommunalwahl allerdings nicht.

Klagegegner ist der Schleswig-Holsteinische Landtag. Recht defensiv kam seine Prozeßvertretung daher, in dem sie in erster Linie nicht zur Sache selbst vortrug. Vielmehr stritt sie juristisch darum, ob die Grünen als parlamentarische Minderheit gegen eine solche Mehrheitsentscheidung der beiden großen Parteien überhaupt klagen dürfen: Dann könnte ja jedes mal, wenn eine Fraktion im Parlament überstimmt werde, sie zum Bundesverfassungsgericht laufen und eine Organklage einreichen und so versuchen zu bekommen, was ihr per Mehrheitsbeschluß des Parlamentes verweigert worden sei. Dann hätte die Partei doch gegen das 2002 in seiner jetzigen Form verabschiedete Kommunalwahlrecht selbst klagen müssen, argumentierte der Rechtsvertreter des Kieler Landtags, Professor Wolfgang Ewer. Das aber hätten die Grünen versäumt, und inzwischen sei ja auch die Frist dafür abgelaufen.

Der Rechtsanwalt der Grünen, Burkard Peters, sah das natürlich ganz anders. Wenn den kleinen Parteien in Schleswig-Holstein Rechte vorenthalten würden, die sie in zehn anderen Bundesländern haben, müsse eine sol-

che verfassungsmäßige Ausnahme gut begründet werden. Das sei aber im parlamentarischen Verfahren des Schleswig-Holsteinischen Landtages nicht geschehen.

Dieser Streit um die Zulässigkeit des Verfahrens spielte bei den Richtern keine Rolle mehr. Denn das Bundesverfassungsgericht hatte die Klage gegen die Fünf-Prozent-Klausel im nördlichsten Bundesland ja bereits zugelassen und führte an diesem Tag die mündliche Verhandlung durch. Die Richter wollten vielmehr etwas über die praktischen Auswirkungen von Beibehaltung oder Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde wissen. Dafür hatte das Gericht eigens zwei Sachverständige geladen.

Zuversichtlich, daß die 5%-Hürde fällt

Einer von ihnen, der Politikprofessor Everhard Holtmann von der Universität Halle, erwies sich aber ganz als der korrekte Wissenschaftler: Er wies immer wieder darauf hin, daß es zu der Kernfrage, ob denn die Unregierbarkeit und das Chaos ausbreche, wenn kleinere Parteien in die Gemeindevertretungen einziehen, kaum empirische Forschungsergebnisse gibt und Prognosen daher kaum möglich seien. Und: Über Schleswig-Holstein insbesondere könne er keine wissenschaftlich fundierten Aussagen machen, da speziell für dieses Bundesland keine statistischen Erhebungen vorlägen.

Aufschlußreicher waren da schon die Ausführungen des anderen geladenen Experten. Jörg Bühlw vom schleswig-holsteinischen Städte- und Gemeindetag wies darauf hin, daß eine Abschaffung der Sperrklausel für mehr als 90

Prozent der 1.124 Kommunen in dem Land ohnehin keine Auswirkungen hätte. Mit nur 19 Gemeindevertretern würden sie schon aus mathematischen Gründen auch dann noch mindestens fünf Prozent für einen Sitz benötigen.

In den beiden größten Städten Kiel und Lübeck sowie sieben der elf Landkreise aber hat sich die Klausel bei der letzten Kommunalwahl ausgewirkt, wie der Vertreter der Partei DIE LINKE, Rechtsanwalt Uwe von Appen erläuterte. Mit Stimmanteilen zwischen 2,9 und 4,8 Prozent habe es die FDP, die Grünen, den SSW, damals noch die Schill-Partei und zwei Wählergemeinschaften getroffen.

Der Furcht, wie schlimm es bei einem Wegfall der Sperrklausel werden könnte, versuchte der Grünen-Landtagsabgeordnete Karl-Martin Hentschel mit Beispielen zu begegnen: In Essen gebe es bei neun Parteien eine stabile schwarz-grüne Mehrheit, in München bei acht Parteien eine rot-grüne und in Düsseldorf bei acht Parteien eine schwarz-gelbe. Keine dieser Städte hat bislang Konkurs anmelden müssen.

Das Gericht erklärte, es werde bis Februar, also rechtzeitig vor den Kommunalwahlen am 25. Mai 2008, seine Entscheidung fällen. Recht zuversichtlich gestimmt, daß die 5%-Hürde vom Gericht gekippt werden wird, sind die Vertreter der Grünen und der Partei DIE LINKE zurück nach Schleswig-Holstein gefahren. – Im „Schleswig-Holstein Magazin“ des NDR Fernsehens ließ sich der Landtagspräsident am Abend des gleichen Tages vernehmen, er werde eine entsprechende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zügig umsetzen. *Karl-Helmut Lechner*



tet, dass es dort zu Problemen mit der Funktionsfähigkeit der Gemeindevertretungen gekommen ist.

In Schleswig-Holstein gab es bereits mehrere Versuche, die Rechtmäßigkeit der Sperrklausel durch das BVerfG überprüfen zu lassen. Dieses ist zuständig, weil es in Schleswig-Holstein noch kein eigenes Landesverfassungsgericht gibt. Allerdings scheiterten die Versuche der ÖDP (1997) und der PDS (2002), in einem sogenannten Organstreitverfahren, die Verfassungsmäßigkeit der 5%-Sperrklausel erneut überprüfen zu lassen, aus formalen Gründen. Politische Parteien können das Bundesverfassungsgericht nicht zu einem beliebigen Zeitpunkt anrufen, sondern nur aus

konkretem Anlass, wenn nämlich ein entsprechendes Gesetz beschlossen oder abgelehnt worden ist. Sie müssen dann eine Frist von sechs Monaten einhalten.

Nachdem die Landtagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen in Mai 2006 einen Gesetzentwurf eingebracht hatte, der u.a. die Abschaffung der 5%-Klausel vorsah und dieser Gesetzentwurf am 13.12.06 von der Parlamentsmehrheit mit den Stimmen von CDU und SPD abgelehnt wurde, stellte der Landesverband von Bündnis 90 / Die Grünen im März 2007 beim Bundesverfassungsgericht den Antrag, festzustellen, dass der Landtag die Rechte der Partei auf Gleichheit der Wahl und auf Chancen-

gleichheit als politische Partei durch die Ablehnung des Antrags auf Abschaffung der 5%-Sperrklausel verletzt habe. Bereits vor der Vereinigung mit der WASG gab es in der Linkspartei Schleswig-Holstein Bestrebungen, diesem Verfahren beizutreten. Nachdem ein Rechtsanwalt die Zulässigkeit eines solchen Beitritts bestätigt hatte, beschloss der Gründungsparteitag des neuen Landesverbandes der LINKEN am 2.9.07, diesem Antrag beizutreten, was dann am 4.10.07 erfolgte. Der Versuch des Landtages, das Verfahren mit dem Schriftsatz eines Hannoveraner Professors als unzulässig zu disqualifizieren, erwies sich als gescheitert, als das Bundesverfassungsgericht einen Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumte und dazu zwei Sachverständige zur inhaltlichen Erörterung der 5%-Klausel lud. Der Landtag beauftragte daraufhin kurzfristig eine renommierte Kieler Anwaltskanzlei, die in einem 63-seitigen Schriftsatz darzulegen versuchte, dass der Landesgesetzgeber sorgfältig geprüft habe, ob die 5%-Klausel noch erforderlich sei und

berechtigterweise zu dem Ergebnis gekommen sei, dass dies der Fall sei, um eine „Zersplitterung der Gemeindevertretungen in zahlreiche, nicht miteinander koalitionsfähige Gruppierungen zu verhindern“, wie auch den „Einzug links- und rechtsradikaler Splittergruppen“.

In der Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht am 28. November wurde für das juristisch geschulte Ohr deutlich, dass die Mehrheit der Verfassungsrichter die Argumente für eine Abschaffung der 5%-Klausel für überzeugend hält. Eine Entscheidung soll im Februar 2008 – rechtzeitig vor den im Mai 2008 anstehenden Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein – verkündet werden. Es ist zu erwarten, dass die Sperrklausel bei einer positiven Entscheidung auch in Thüringen, das mit zwei Beobachtern in der Verhandlung vertreten war, abgeschafft werden wird.

Im Folgenden dokumentieren wir zwei überarbeitete Beiträge des Anwalts der Partei DIE LINKE in der Verhandlung am 28.11.2007 vor dem Bundesverfassungsgericht.

„Hohes Gericht, sehr geehrte Damen und Herren!

Nach den vorliegenden schriftlichen Unterlagen unterliegt es keinem Zweifel, dass der Landtag die Rechte der Partei Bündnis 90 / Die Grünen dadurch verletzt hat, dass er den Antrag auf Abschaffung der 5%-Sperrklausel ohne ausreichende Prüfung abgelehnt hat. Im Innen- und Rechtsausschuss des Landtages hat dazu zwar eine Anhörung stattgefunden. Der Landtag hat die dabei eingeholten Stellungnahmen, die für eine Abschaffung der 5%-Sperrklausel sprachen, jedoch nicht ernsthaft erwogen. Es hat keine Untersuchung darüber gegeben, wie sich die 5%-Klausel überhaupt auswirkt, es wurden keine Tatsachenfeststellungen getroffen, die eine Prognose dahingehend rechtfertigen würden, dass die Funktionsfähigkeit der Gemeindevertretungen ohne die Sperrklausel nicht mehr gewährleistet wäre. Die meisten Gemeinden in Schleswig-Holstein sind so klein, dass sie nur höchstens 19 Gemeindevertreter zu wählen haben, so dass ohnehin mehr als 5% der Stimmen erforderlich sind, um einen Sitz zu erreichen. Die Sperrklausel wirkt sich deshalb nur in 56 von 1.124 Gemeinden aus. Selbst in den kreisfreien Städten Kiel und Lübeck sind noch mehr als 2% der Stimmen erforderlich, um einen Sitz im Stadtrat zu bekommen. Auch die Behauptung des Landtags, eine erneute Prüfung sei nicht erforderlich, weil der Gesetzgeber eine solche Prüfung bereits anlässlich

der Kommunalverfassungsreform 1995 vorgenommen habe, hat sich als falsch erwiesen. Die damals eingesetzte Enquete-Kommission hatte nicht einmal den Auftrag, sich überhaupt mit der 5%-Klausel zu befassen. Der dem Gericht als Beweismittel vorgelegte 168 Seiten starke Schlussbericht der Enquete-Kommission enthält genau zwei Zeilen zur 5%-Klausel. Die großen Parteien in Schleswig-Holstein betrachten es als ihr natürliches Recht, sich gegenüber den kleineren Parteien und kommunalen Wählergemeinschaften durch die 5%-Klausel abzuschotten, ohne einen Gedanken an ihre Verfassungsmäßigkeit zu verschwenden.

Das Verfassungsgericht hat zwei Möglichkeiten, auf diesen Befund zu reagieren: Es könnte dem Landesgesetzgeber aufgeben, die unterlassene Prüfung nachzuholen und ihm dabei Vorgaben für eine solche Prüfung an die Hand geben, wie dies der Verfassungsgerichtshof NRW 1994 getan hat. Dies würde allerdings voraussetzen, dass zumindest die Möglichkeit besteht, dass der Landesgesetzgeber nach sorgsamer Prüfung berechtigterweise zu dem Ergebnis gelangen könnte, dass bei Wegfall der Sperrklausel eine konkrete Gefahr für die Funktionsfähigkeit der Gemeindevertretungen zu besorgen ist. Wenn diese Möglichkeit nicht besteht, muss das Bundesverfassungsgericht ohne weiteres feststellen, dass die Aufrechterhaltung der 5%-Klausel im schleswig-holsteinischen Gemeindewahlrecht verfassungswidrig ist. DIE LINKE, Landesverband Schleswig-Holstein, verfolgt mit ihrem Beitritt zum Verfahren das Ziel, diese Feststellung zu erreichen.“

Was bewirkt die 5%-Sperrklausel?

„Für eine Prognose, was zu erwarten ist, wenn die 5%-Klausel nicht mehr gilt, liegt es nahe, das Ergebnis der Kommunalwahlen 2003 auszuwerten. Ich konzentriere mich im Folgenden auf die Ergebnisse der Wahlen zu den Kreistagen, weil nach dem schriftlichen Gutachten von Prof. Holtmann zu erwarten ist, dass sich in diesen größeren Einheiten die Wirkungen der 5%-Klausel am deutlichsten zeigen. Die Analyse der Kreistagswahlen 2003 in Schleswig-Holstein zeigt folgende Ergebnisse:

1. Für eine Zersplitterung der Kreistage gibt es überhaupt nicht genügend Kandidaturen. Zwar sind 8 Parteien zur Wahl angetreten, davon jedoch nur 4 landesweit, eine (die Partei rechtsstaatliche Offensive des Ronald Schill) nur beschränkt auf einen Kreis. Ferner haben 9 kommunale Wählergemeinschaften kandidiert, alle jedoch ebenfalls nur jeweils in einem Kreis.

2. Die Sperrklausel hat tatsächlich eine erhebliche Sperrwirkung entfaltet. In insgesamt 11 Kreisen sind 6 Kandidaturen an der Sperrklausel gescheitert, in den vier kreisfreien Städten zwei Kandidaturen, die jeweils zwischen 2,9

und 4,8% der Stimmen auf sich vereinen konnten. Betroffen waren in vier Fällen die FDP, in zwei Fällen die Grünen, in einem Fall der SSW (Süd-Schleswiger Wählerbund, die Partei der dänischen Minderheit), in zwei Fällen kommunale Wählergemeinschaften und einmal die Schill Partei. Insgesamt hat die Sperrklausel somit nicht „allzu viele miteinander nicht koalitionsfähige kleine Gruppen“ getroffen, sondern in der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle Parteien, die anderswo an Regierungen beteiligt sind.

3. Die Sperrklausel hat auch nicht die Funktion „möglichst auf Dauer unsere kommunale Demokratie vor undemokratischen links- oder rechtsextremistischen Splittergruppen zu schützen.“, wie dies der Abgeordnete Klaus-Peter Puls, (SPD) im Landtag ausgeführt hat. Linksextreme Kandidaturen hat es bei der Kommunalwahl 2003 in Schleswig-Holstein nicht gegeben. In Lübeck haben zwar zwei rechtsextreme Splittergruppen kandidiert; diese sind jedoch zusammen nur auf 1,3% der Stimmen gekommen und wären somit auch ohne die Sperrklausel nicht in die Stadtvertretung eingezogen. Sie sind nicht an der Sperrklausel, sondern an ihrer eigenen Bedeutungslosigkeit gescheitert.

4. Auch mit der Sperrklausel ist eine Fragmentierung (Zersplitterung) der Kreistage in gewissem Umfang vorhanden: Im Kreistag von Nordfriesland sitzen 6 Gruppierungen, in den übrigen Kreistagen sind es 3 bis 5. Ohne die Sperrklausel hätte sich die Zahl der Gruppierungen in keinem Kreistag auf mehr als fünf erhöht.

Im Hinblick auf die kommenden Kommunalwahlen ist nicht zu erwarten, dass sich an dieser Situation Entscheidendes ändert, mit einer Ausnahme: Die PDS, die bei den Kommunalwahlen 2003 nirgends mehr als 1,8% der Stimmen erzielt hat und somit ebenfalls nicht an der Sperrklausel gescheitert ist, gibt es nicht mehr. DIE LINKE hat in Bremen gezeigt, dass sie auch in westlichen Bundesländern in der Lage ist, die 5%-Sperrklausel zu überwinden. Sie hat beschlossen, bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein flächendeckend anzutreten. Es ist zu erwarten, dass ihr in einigen Kreistagen der Einzug in die Gemeindevertretungen verwehrt wird, wenn die undemokratische Sperrklausel bis dahin nicht abgeschafft ist.

Die Analyse zeigt, dass die konkreten Verhältnisse in Schleswig-Holstein ebenso wenig wie in den übrigen Bundesländern die Prognose erlauben, dass die Funktionsfähigkeit der Gemeindevertretungen bei einem Wegfall der 5%-Klausel bedroht sein könnte. Es ist daher festzustellen, dass die Sperrklausel im schleswig-holsteinischen Kommunalwahlrecht verfassungswidrig ist.“

Uwe von Appen

Straßenumbenennung: BOCHUM. Am 6.12. hat sich die Mehrheit der Bezirksvertretung Bochum-Mitte dazu entschieden, die Adolf-Stöcker-Straße in Anne-Frank-Straße umzubenennen. Die Grüne Fraktion in der Bezirksvertretung schreibt: „Der Bürger Paul Espei jun. hat die Bezirksvertretung darauf aufmerksam gemacht, dass Adolf Stöcker ein bekannter antisemitischer Ideologe war und deswegen die Straße, die nach ihm benannt ist, umbenannt werden müsse. Nach einiger Diskussion haben sich die Fraktionen der SPD, der Grünen und der Vertreter der PDS in der Bezirksvertretung Bochum-Mitte dazu entschieden, die Adolf-Stöcker-Straße in Anne-Frank-Straße umzubenennen. Die Verwaltung hatte vorgeschlagen die Straße wieder in ihren ursprünglichen Namen umzutaufen, in Hermann-Köster-Straße. Jedoch wollte die linke Mehrheit in der BV nicht einen Antisemiten durch einen christlich-nationalen Arbeiterführer wie Köster ersetzen. Gegen den Willen der CDU und der FDP, entschloss sich die Mehrheit für Anne Frank. Wir wollen so ein klares Zeichen gegen Antisemitismus, aber auch gegen Nationalismus und christlichen Fundamentalismus setzen.“

www.bo-alternativ.de

Mehr Geld für die Bildung: OLDENBURG. Für die Haushaltsberatungen hat die Fraktion Die Linke Oldenburg Alternativen zum Haushaltsvorschlag der Verwaltung vorgelegt. Die wichtigsten Eckpunkte sind: Mehrausgaben sind für Erweiterungsbauten bei den Grundschulen Hogenkamp und Röwekamp und ein Vorziehen des Mensa-neubaus bei Neuen Gymnasium vorgesehen. Die Essensausgabe bei den Mensen soll durch regulär bezahltes städtisches Personal erfolgen. Wir schlagen hier sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigungen vor. Wir wollen keine 1-Euro-Jobs und keine Ausnutzung des Ehrenamtes. Soziale Initiativen und Institutionen sollen im Übrigen wie 2007 wieder stärker gefördert werden. Dies betrifft die ALSO, Frauennachttaxi, Bildungsgutscheine, Fahrpreismäßigung für Menschen mit geringem Einkommen und den Schulmaterial-Fonds. Weitere Mehrausgaben gibt es für die Aids-Hilfe und zur Förderung des Sports. Mit einer sehr maßvollen Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer von 410 auf 420 Punkte möchte die Fraktion einen Beitrag zur langfristigen Entschuldung des Haushalts leisten.

<http://fraktion-dielinke.kdo.de/>

Gutschein-System für Kindergärten beschlossen: NORDERSTEDT. Im Ausschuss für junge Menschen wurde mit

den Stimmen der CDU und der FDP beschlossen, eine Projektgruppe zu bilden, die ein Gutschein-System für die Norderstedter Kindertagesstätten (Kitas) entwickeln soll. Die Projektgruppe soll aus MitarbeiterInnen der Verwaltung, den Trägern nichtstädtischer Kitas, Kindergarten-LeiterInnen und Sprechern der Kreiselternvertretung in Norderstedt bestehen. Was auf den ersten Blick offen und demokratisch daherkommt, entpuppt sich bei näherer Betrachtung dann doch als Mogelpackung. Susanne Amrhein, Kreiselternvertreterin, kritisiert, dass es sich nicht um eine ergebnisoffene Projektarbeit handelt, sondern die Politik als Ziel vorgegeben hat, ein Gutschein-System zu erarbeiten. Die Elternvertreterin gegenüber der Norderstedter Zeitung: „Es geht also nicht darum, den bestmöglichen Weg für die Norderstedter Kitas zu finden“.

www.infoarchiv-norderstedt.org

Sozialtarif für Stromkunden: KÖLN. Im Moment wird eine kräftige Erhöhung der Strompreise für 2008 prognostiziert. Schon jetzt haben viele Kölnerinnen und Kölner Schwierigkeiten, ihre Energie zu bezahlen. Auch deshalb haben zur Ratssitzung am 13. Dezember 2007 SPD, Grüne und DIE LINKE. KÖLN auf Initiative der LINKEN. einen Antrag zu einem Sozialtarif für Stromkunden in Köln eingebracht. Darin wird die Verwaltung beauftragt, mit der „RheinEnergieAG zu verhandeln, in welcher Form und unter welchen Bedingungen ein Sozialtarif auch in Köln machbar ist.“

Weiter soll die Verwaltung einen Bericht über die Kölner Situation vorlegen. Darin sollen auch die Maßnahmen aufgeführt werden, mit denen Zähler-sperrungen bzw. Überschuldung durch hohe Energierechnungen vermieden werden. Zu solchen Maßnahmen sind staatliche Organe eigentlich verpflichtet. Denn in der EU-Richtlinie zum Elektrizitätsbinnenmarkt (2003/54/EG) verfügt, dass die Mitgliedstaaten „erforderliche Maßnahmen zum Schutz benachteiligter Kunden auf dem Elektrizitätsbinnenmarkt treffen. Die Maßnahmen können ... spezifische Maßnahmen für die Begleichung von Stromrechnungen oder allgemeinere Maßnahmen innerhalb des Sozialversicherungssystems beinhalten.“ Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende von DIE LINKE. KÖLN, Jörg Detjen: „Die EU hat festgelegt, dass der Stromtarif auch sozialen Kriterien genügen muss. Die Bundesregierung muss hier tätig werden, eine bundeseinheitliche Regelung ist längst überfällig. Doch das hilft den Menschen in Köln im Moment auch nicht. Wieder einmal muss die Kommune die Kohlen aus dem Feuer

holen und dafür sorgen, dass auch arme Menschen sich ausreichend Strom leisten können. Unsere Nachbarstaaten haben gezeigt, dass es auch anders geht. In Belgien bekommen sozial Bedürftige eine bestimmte Menge Strom und Gas kostenlos zur Verfügung. Es gibt Maßnahmen, die verhindern, dass Menschen die Energie komplett abgestellt wird. Die Finanzierung ist über eine Umlage auf den Energiepreis gesichert.“

www.linksfraktion-koeln.de

Weihnachtsgeld für ALG-2 Bezieher: MÜNSTER. Da die Linke Liste Münster kein eigenes Antragsrecht im Stadtrat besitzt, fordert die Linke Liste Münster die Mitglieder des Sozialausschusses auf, dem Rat der Stadt auf dessen Sitzung am 12. Dezember eine einmalige Weihnachtsbeihilfe zur Verabschiedung vorzuschlagen! Der Rat soll für Bezieher von ALG II, für Empfänger von Sozialgeld und für Heimbewohner eine Weihnachtsbeihilfe von der Stadt Münster beschließen, die bis zum 24.12.2007 ausgezahlt werden soll. Sie beträgt für den Haushaltsvorstand 80 Euro, für Haushaltsangehörige 60 Euro und für Heimbewohner 55 Euro. Ulla Geissler-Sahin, Mitglied des Kommunalpolitischen Arbeitskreises der Linken Liste Münster, erklärt dazu: „Hartz IV ist für die Betroffenen demütigend und diskriminierend, es gehört eigentlich abgeschafft. Von dem Regelsatz von 347 Euro können ALG-2-Bezieher überleben, aber nicht menschenwürdig leben. Für Weihnachtsgeschenke an Kinder und Angehörige ist da auf keinen Fall Geld vorhanden. Selbst das gemeinsame Weihnachtessen wird bei den Betroffenen kärglich ausfallen. Wenn dann die FDP/CDU-Koalition für die Bezieher von Einkommen über 80.000 Euro/Jahr ein Weihnachtsgeschenk von 700.000 Euro durch Senkung der Spitzensätze für Kita-Plätze beschließt, sind wir von der Linken Liste Münster der Meinung, dass auch ein Weihnachtsgeld für die Münsteraner am untersten Ende der Einkommenskala finanzierbar sein muss.“

www.dielinke-nrw.de

Innovative Technologie durch Grüne und CDU abgelehnt: FRANKFURT A.M. Auf der letzten Sitzung des Umweltausschusses wurde von Schwarz-Grün der Vorschlag der Linken abgelehnt, die in vielen anderen Städten bereits praktizierte Biovergasung von Klärschlamm zur Energiegewinnung auch für Frankfurt zu prüfen. Die Grünen lehnten dies u. a. mit dem Hinweis auf eine noch nicht ausgereifte Technik ab.

<http://dielinke-im-roemer.de>
(Zusammenstellung: ulj)

3 % ab 2008, aber: neue Niedriglohngruppen

HAMBURG. Seit September wurde über einen neuen Gehaltstarifvertrag für die ca. 200.000 Angestellten in der Versicherungswirtschaft verhandelt. Nach zahlreichen Aktionen im November kam es am Morgen des 24.11. in Hamburg zu einem Abschluss: 300 Euro Einmalzahlung für die Monate September bis Dezember 2007, 3,0% mehr Gehalt ab 1.1.2008, 1,6% ab 1.1.2009, Laufzeit bis 30.9.2009. Gleichzeitig wurden etliche Forderungen des Arbeitgeberverbandes (Agv) zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abgewehrt. Dazu gehörten die erzwingbare regelmäßige Samstagsarbeit und die ‚Variablisierung‘ des tariflichen Urlaubs- und Weihnachtsgeldes.

Die Kolleginnen und Kollegen in den Versicherungen waren über die Zumutungen des Agv zunehmend empört und hatten etliche Warnstreiks durchgeführt. Am 22. November streikten ca. 800 Kolleg/innen bei der Hamburg-Mannheimer, der Itergo und der Victo-

ria über mehrere Stunden und führten eine Demonstration durch die City Nord durch. Am 23. November streikten über 1500 Mitarbeiter/innen in Hamburger Innenstadtversicherungen und zogen in einem Sternmarsch zur Moorweide, wo die Tarifverhandlungen stattfanden.

Den Tarifabschluss hat ver.di allerdings mit einem großen Zugeständnis in Sachen Niedriglohnbereich bezahlt. Der Agv fordert seit Jahren Niedriglohngruppen in der Versicherungswirtschaft für solche Tätigkeiten, die ‚am Markt‘ billiger angeboten werden und die von den Versicherungsgesellschaften in den letzten Jahren auch zunehmend ausgelagert worden sind. Dazu gehören die Postbearbeitung, das Scannen der Eingangspost sowie die Callcenter. Während die niedrigste Tarifgruppe im Versicherungstarif zurzeit knapp unter 2000 Euro beträgt, forderte der Agv neue Tarifgruppen ab 1200 Euro Einstiegsgehalt für diese Tätigkeiten neu eingestellte Beschäftigte. Mit der vagen

Zusage des Agv, dass man mit der Einführung von Niedriglohngruppen in den Versicherungen nicht mehr outsourcen brauche und diese neuen Kolleg/innen damit im Geltungsbereich des Versicherungstarifs bleiben würden,



Mehr als jeder Zweite geht auch krank zur Arbeit

Fehlzeiten-Report 2007 erschienen

Ernsthafte Beschwerden halten viele Arbeitnehmer heute nicht davon ab, weiter ihrer Arbeit nachzugehen: Knapp zwei Drittel der Beschäftigten

gaben an, es sei im letzten Jahr vorgekommen, dass sie zur Arbeit gegangen seien, obwohl sie sich richtig krank gefühlt hätten. Dies ergab eine repräsentative Befragung des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WiO), deren Ergebnisse im aktuellen Fehlzeiten-Report 2007 vorgestellt wurden. Darüber hinaus wird ebenfalls deutlich, dass jeder dritte Arbeitnehmer mit gesundheitlichen Beschwerden am Arbeitsplatz erschien, obwohl der Arzt davon abgeraten hatte. Diese Ergebnisse gehen einher mit in den letzten Jahren kontinuierlich rückläufigen Krankenständen. So sank bei den rund 9 Millionen erwerbstätigen AOK-Mitgliedern der Krankenstand im Jahr 2006 von 4,4 Prozent auf 4,2 Prozent und erreichte damit den niedrigsten Wert seit mehr als zehn Jahren.

Sowohl die Zahl der Krankmeldungen als auch die Zahl der krankheitsbedingten Ausfalltage nahm im Jahr 2006 im Vergleich zum Vorjahr weiter ab. So hat der Anteil der Beschäftigten, die das ganze Jahr überhaupt nicht krank geschrieben waren, weiter zugenommen. Er stieg von 48,5 Prozent im Vorjahr auf

50,7 Prozent im Jahr 2006. Im Durchschnitt waren die AOK-Mitglieder 15,4 Kalendertage krank geschrieben. Im Jahr zuvor waren es noch 16,0 Tage gewesen. In Ostdeutschland fiel der Krankenstand mit 4,0 Prozent noch niedriger als im Westen aus. Dort lag er bei 4,3 Prozent. Bekanntermaßen differieren zwischen den einzelnen Branchen die krankheitsbedingten Fehlzeiten deutlich: Die niedrigsten Ausfallzeiten waren mit 2,7 Prozent im Kreditgewerbe und mit 2,2 Prozent in der Datenverarbeitung zu verzeichnen. Dahingegen wurden die höchsten Ausfallzeiten mit 6,1 Prozent in der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie in der Metallherzeugung und -bearbeitung, der Tabakverarbeitung und der Recyclingbranche (jeweils 5,2 %) erreicht. Die niedrigen Krankenstände des Jahres 2006 sind nach Einschätzung des WiO u.a. auf Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur und eine verbesserte Gesundheitsvorsorge in den Betrieben zurückzuführen. Umfragen zeigten auch, dass sich viele Arbeitnehmer mit Krankmeldungen zurückhalten, um ihren Arbeitsplatz nicht zu gefährden.

So gehen neun von zehn Arbeitnehmern (93,0 %) auch dann zur Arbeit, wenn es ihnen „nicht so gut geht“. Bagatellerkrankungen wie „eine leichte Erkältung oder Kopfschmerzen“ sind für die meisten Arbeitnehmer (77,0 %) kein Grund, sich krank zu melden. Bei erwerbstätigen Frauen ist der Anteil de-

rer, die trotz Krankheit ihrer Arbeit nachgingen, deutlich höher als bei Männern (Frauen: 64,4 %, Männer: 58,9 %). Auch der Anteil der Frauen, die entgegen ärztlichem Rat zur Arbeit gingen, sei erheblich höher als bei den Männern, so die Herausgeber des Fehlzeiten-Reports. Dies zeige, dass offensichtlich viele Frauen im Arbeitsleben unter anderen Belastungen stünden als die Männer: Insbesondere gelte dies für alleinerziehende und chronisch kranke Frauen. Als Beweggründe für das Arbeiten trotz gesundheitlicher Beschwerden wurden am häufigsten eine hohe Arbeitsbelastung (48,5 %) und die Angst um den Arbeitsplatz (30,2 %) angegeben. Als weitere Gründe wurden von den Befragten Verantwortung und Pflichtgefühl (13,3 %), die Vermeidung von Ärger mit Kolleginnen und Kollegen (11,5 %) sowie Probleme mit dem Arbeitgeber bei Krankmeldungen (9,2 %) genannt. Die Mehrzahl der Beschäftigten befürchtet berufliche Nachteile bei häufigen Krankschreibungen. Viele Arbeitnehmer sehen daher davon ab, sich krank zu melden und warten das Wochenende ab, um sich auszukurieren. Fast jeder Fünfte gab an, im letzten Jahr zur Genesung Urlaub genommen zu haben. Die Mehrheit der Beschäftigten (82,4 %) meldet sich nur mit ärztlichem Attest krank.

In seinem Schwerpunktteil beschäftigt sich die diesjährige Ausgabe des Fehlzeiten-Reports mit dem Thema „Arbeit, Geschlecht und Gesundheit“. Frauen und Männer unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, ihrer Krankheiten und

wurde zwei neuen Gehaltsgruppen mehrheitlich zugestimmt. Diese Gehaltsgruppen gelten für die Posteingangsbearbeitung und das Scannen der Eingangspost. Nach zwei bis drei Jahren liegen sie im ‚Endgehalt‘ bei 1400 bzw. 1600 Euro.

Mit der neuen untersten Lohngruppe ist man fast bei dem neu ausgehandelten Post-Mindestlohn angekommen. Mit der Schaffung von neuen Tarifgruppen für neue Kolleg/innen, die mehr als 30 % unter dem bisherigen Tarif liegen, hat Verdi einen gefährlichen Weg beschritten. Niedriglohngruppen und die unterschiedliche Bezahlung für gleiche Tätigkeiten, je nachdem wann jemand eingestellt wurde, werden Spaltungen in den Belegschaften fördern, die es so bisher nicht gab. Und es wird ein Sog auf das gesamte Tarifgefüge in der Branche entstehen. Die Antwort der Gewerkschaften auf die zunehmende Industrialisierung in den Versicherungen und die Auslagerung von Tätigkeiten kann nicht sein, die Tariflöhne den Dumpinglöhnen der nicht tarifgebundenen Firmen nach unten anzupassen.

(res)

Badura/Schröder/Vetter (Hrsg.): Fehlzeiten-Report 2007, Schwerpunktthema: Arbeit, Geschlecht und Gesundheit – Geschlechteraspekte im betrieblichen Gesundheitsmanagement; Berlin 2008; ca. 530 Seiten; broschiert; EUR (D) 39,95; EUR (A) 41,07; sFr 65,50; ISBN 978-3-540-72543-5. **Mehr Infos** im Internet: http://wido.de/fzr_2007.html. **Quelle:** Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO)

gesundheitlichen Beeinträchtigungen, ihres Umgangs mit gesundheitlichen Beschwerden und der Nutzung der Angebote gesundheitlicher Versorgung, so die Herausgeber des Fehlzeiten-Reports. Im Bereich der betrieblichen Gesundheitspolitik würden geschlechtsspezifische arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren und Erkrankungen oft nicht ausreichend erfasst und bei der Planung und Umsetzung betrieblicher Gesundheitsförderungsmaßnahmen zu wenig bedacht. Vieles spreche dafür, dass sich die Qualität und Wirksamkeit von Prävention und Gesundheitsförderung verbessern lasse, wenn geschlechtsspezifische Unterschiede und Problemlagen stärker berücksichtigt würden. Wie dies geschehen könne, würde im Fehlzeiten-Report anhand von Praxisbeispielen aufgezeigt. So müsse in den Betrieben mehr dafür getan werden, dass Frauen Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren könnten. So könne beispielsweise Frauen durch gezielte Maßnahmen der oft schwierige Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert werden, wie ein Projekt der AOK für den Bereich der Altenpflege zeige.

Einzelhandel meint: „Den Weihnachtsmann kann man nicht bestreiken“. FAZ, Mo. 19.11.07. Die Gewerkschaft Ver.di will das Weihnachtsgeschäft bestreiken. Die Beschäftigten warten z.T. seit neun Monaten auf eine Gehaltserhöhung, hinzu kommt jetzt der Plan der Arbeitgeber, die Zuschläge für Spätabend- und Nacharbeit zu streichen. Der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels zeigte sich von der angekündigten Ausweitung des Arbeitskampfes nicht beeindruckt: „Ver.di hat nicht die Mittel, das Weihnachtsgeschäft lahmzulegen oder empfindlich zu stören“, sagte HDE-Sprecher H. Pellengahr. Der Einzelhandel habe auf Streikmaßnahmen sehr schnell mit Aushilfen oder anderen Mitteln reagiert.

Für Lohnerhöhungen sind die Budgets international unterschiedlich hoch.

FAZ, Die. 20.11.07. Die deutschen Unternehmen wollen im kommenden Jahr rund 3,5 % mehr für die Vergütung ihrer Beschäftigten ausgeben. Um die Inflation bereinigt, sei mit einer Steigerungsrate von 1,9 % zu rechnen, schreibt die Unternehmensberatung Towers Perrin, die rund 2000 mittlere und große Unternehmen, vornehmlich aus Europa, befragt hat. Besonders freigiebig sind die Arbeitgeber in Bulgarien, wo die Vergütungen inflationsbereinigt um 5,2 % steigen sollen sowie in Rumänien (4,9 %). Besonders geringe Zuwächse planen die Arbeitgeber in Irland (0,8 %). In Frankreich wird ein Zuwachs von 1,6 % erwartet.

VDMA gegen Verringerung der Kontakte mit Iran.

FAZ, Do. 22.11.07. Die Kanzlerin will die deutschen Wirtschaftskontakte mit dem Iran reduzieren, dagegen spricht sich H. Hesse, Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau, aus. „Seit vielen Jahren pflegen wir wirtschaftliche Kontakte, die schon viele Regime überstanden haben. ... Unsere Forderungen lauten: Kein deutscher Sonderweg, mehr Schutz für legale Iran-Geschäfte vor äußerer Einflussnahme und keine Beschränkungen durch die Hintertür! ... Auf unserer Exportrangliste steht Iran etwa auf Platz 25. Wir haben 2006 auf diesem Markt ca. 1,5 Mrd. Euro umgesetzt. Die Summe ist derzeit rückläufig im hohen dreistelligen Millionenbereich. ... Der Wert unserer Beziehungen geht über bloße Zahlen hinaus, es ist ein strategisch bedeutsames Land, sowohl politisch als auch wirtschaftlich. ... Wenn wir uns unilateral abwenden, werden andere das Geschäft machen. Es gibt viele verdeckte Exporte und viel Heuchelei, nur wenige Länder halten Embargos so konsequent ein wie Deutschland. ... Insofern ist nicht Deutschland oder die deutsche Wirtschaft das Problem, sondern Russland oder China.“

Bankenarbeitgeber für offene Märkte. FAZ, Die. 30.11.07. Die Geschäftsbanken warnen vor einem zu rigiden Schutz deutscher Unternehmen vor ausländischen Staatsfonds. „Inzwischen kündigen sich gesetzliche Regelungen an, die deutlich ausgewogener sind als das, was in jüngster Zeit öffentlich gefordert wurde, so der Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, K.-P. Müller. Er wies darauf hin, dass Deutschland auf ausländische Investitionen angewiesen sei, ... und den Freihandel und die Freiheit des internationalen Kapitalverkehrs brauche „wie der Fisch das Wasser“. Offene Märkte – und hierzu zählten auch grenzüberschreitende Investitionen – seien für den Wohlstand unverzichtbar. Zu diesen Investitionen gehörten das Engagement chinesischer Banken. Im Gegenzug dazu müssten sich allerdings ausländische Banken stärker an chinesischen Finanzinstituten beteiligen können.

Konkurrenten der Post drohen mit Kündigungen

FAZ, Mo. 01.12.07. Der Präsident des Arbeitgeberverbandes Neue Brief- und Zustelldienste, F. Gerster, sagte, die Mindestlöhne für die Briefbranche könnten mehrere zehntausend Arbeitsplätze bei Konkurrenten der Deutschen Post kosten. Besonders betroffen davon seien die neuen Bundesländer mit ihrer ohnehin überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit. Ein fairer Wettbewerb sei bei Mindestlöhnen von bis zu 9,80 pro Stunde nicht möglich. Die Post-Konkurrenz prüft nun rechtliche Schritte.

Kommunale Arbeitgeber sehen für üppige Tarifierhöhungen keinen Spielraum.

FAZ, Mo. 3.12.07. Die kommunalen Arbeitgeber wollen die Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst angemessen an der Konjunkturentwicklung beteiligen, sagte der Präsident der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände, T. Böhle. „Es ist völlig klar, dass eine lineare Erhöhung kommen muss, aber die Privatwirtschaft kann kein Maßstab sein. ... Während es dort darum geht, an Gewinnen zu partizipieren, stecken wir nach wie vor in einer ganz schwierigen Haushaltssituation.“ Die Gewerkschaft Ver.di hat signalisiert, dass die Forderung deutlich über 5 % liegen wird, der Beamtenbund brachte 7 % ins Gespräch. Böhle rechnet mit einer harten Auseinandersetzung. Die kommunalen Arbeitgeber seien bestrebt, Streiks zu vermeiden und in den am 10.1. startenden Verhandlungen „schnell zu einem Ergebnis zu kommen“. Aus den Steuermehreinnahmen könnten keine üppigen Einkommenssteigerungen finanziert werden, mahnt Böhle. Ein guter Teil davon müsse sinnvollerweise für die Schulden tilgung verwendet werden.

Presseauswertung: rst

Kunst und Politik

Von Hans Waschkau

Im Frühjahr 2005 wurde der Tätigkeitsbericht der Münchner Kreisleitung der damaligen PDS (heute Teil der Partei „Die Linke“) vorgestellt und diskutiert. Damals gab es eine kurze Debatte, ob auch die von der Basisorganisation Linksabbieger organisierten Kunstausstellungen im Partei-Büro mit den gut besuchten Vernissagen darin hätten erwähnt werden sollen. Spürbar war dabei eine Unsicherheit, ob Beschäftigung mit Kunst überhaupt zur Tätigkeit einer Partei gehören sollte. Die Beantwortung dieser Frage hatte keine hohe Priorität und wurde auch nicht ausdiskutiert. Da derzeit ein Bild des Autors im Raum der Münchner Stadtratsgruppe der Linken im Rathaus ausgestellt ist (herzlichen Dank dafür an unsere Stadträtin Brigitte Wolf), soll mit diesem Beitrag eine weitere Klärung versucht werden.

Kunst zur Illustration großer, vorwärtsweisender Ideale?

Ein wichtiger Grund für die Unsicherheit ist sicher ein Unbehagen an den strengen Vorgaben, die der Kunst in den realsozialistischen Staaten gemacht wurden. Dazu ein Zitat von Kurt Hager, dem „Chefideologen“ der DDR, der sich darüber geäußert hat, wie die Kunst der DDR auszusehen hat: „Realistische Kunst gründet sich auf das Leben und wirkt auf das Leben hin, auf seine immer neue Umgestaltung und Veränderung im Sinne unserer großen vorwärtsweisenden Ideale“¹.

In erster Linie ist dabei wohl an Kunstwerke gedacht, die zeigen, wie großartig die damals herrschende SED tolle Ideale umsetzt. Immerhin ist auch eine kritische Kunst denkbar, die Abweichungen der Realität von den „großen vorwärtsweisenden Idealen“ aufzeigt. Ein solcher kritischer Ansatz hat aber auch Grenzen – eine Überprüfung der Ideale ist nicht vorgesehen. Künstler, denen die „großen vorwärtsweisenden Idealen“ für ihr künstlerisches Schaffen egal sind und die ganz andere, eigene Anliegen umsetzen wollen, haben erst recht kein Platz in dem Kunstansatz von Kurt Hager.

Eine Kunst, der solche Vorgaben gesetzt werden, hat nicht viel Spielraum für eine eigenständige Entwicklung. So wie der Kunst ist es übrigens allen Bereichen der Gesellschaft in den Staaten des realen Sozialismus gegangen. Die Vorstellung, dass die herrschenden

Kommunistischen Parteien alles und jedes zentral vorgeben müssten, hat die Weiterentwicklung der realsozialistischen Staaten schwer behindert und sie gegenüber den kapitalistischen Ländern ins Hintertreffen geraten lassen.

Möglichkeitenreichtum der Kunst wird unterdrückt

Was durch den Versuch, die gesamte Gesellschaft zentral zu steuern, angerichtet wurde, lässt sich mit Hilfe der soziologischen Systemtheorie begreifen, die in Deutschland erst in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts bedeutsam geworden ist. Diese Theorie kann erklären, warum es sinnvoll ist, alle wichtigen Funktionen unserer Gesellschaft autonom in eigenen Systemen weiter zu entwickeln, so beispielsweise Wirtschaft, Wissenschaft, Religion, Ausbildung, Politik und Kunst. Ausgangspunkt für die Überlegungen der Systemtheorie ist die hohe Komplexität der Gesellschaft. Durch die gesellschaftliche Arbeitsteilung und den Pluralismus der Lebensstile ist die Daseinsführung so vielschichtig und verwickelt geworden, dass weder Individuen noch Gruppen die Bedingungen und Folgen ihres Entscheidens und Handelns vollständig überblicken können. Die Überfülle von Ereignissen in der erfahrbaren Wirklichkeit führt zu dem Bedürfnis nach Vereinfachung der Komplexität. Dies geschieht in sozialen Systemen, die Inseln geringerer Komplexität innerhalb einer risikoreichen und chaotischen Welt bilden und in denen die Komplexität ihrer Umwelt und Innenwelt über Kommunikation bewältigt wird.

Auch für die Erfüllung von Funktionen ist es vorteilhaft, wenn dies in Sozialsystemen geschieht, da diese gegenüber einer komplexen Umwelt Aufmerksamkeit, Zeit und Energie auf das systemspezifisch Sinnvolle begrenzen. „So ist etwa für eine Partei nur das wichtig, was eine politische Frage ist oder werden kann; für ein Unternehmen nur das, was Auswirkungen auf seine Zahlungsfähigkeit hat; für eine Organisation nur diejenigen Ereignisse in seiner Umwelt, die ihre Ziele tangieren.“²

Andererseits sind in einem System Spezialisten versammelt. Zu bestimmten Fragen der Theoretischen Physik gibt es derzeit weltweit etwa 1.000 Menschen, die in der Lage sind, an der stattfindenden Diskussion teilzunehmen. Solche Spezialisten können natürlich ganz andere Ergebnisse erarbeiten als eine Gruppe von Menschen, in der alle sich ständig darum bemühen müssen, sich gegenseitig überhaupt zu verstehen. Soziale Systeme sind daher imstande, Höchstleistungen zu vollbringen, wenn man sie denn lässt.

Den „dramatische(n) Zusammenbruch der entwickelteren sozialistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas“ erklärt der Bielefelder Profes-

sor Helmut Willke damit, dass es genau daran gefehlt hat. Er hält „die Unterdrückung der Dynamik funktionaler Differenzierung (für) das Kernstück einer ideologisch verblendeten Strategie, systemische, organisationale und individuelle Autonomie zu verhindern, um zentrale, hierarchische Kontrolle der Gesamtgesellschaft zu verwirklichen. Der Möglichkeitsreichtum der Teile wurde künstlich unterdrückt und so vor allem die interne Dynamik und Innovationsfähigkeit der Subsysteme Wissenschaft und Wirtschaft bis zum Punkt des ökonomischen Kollaps unter politischem Verschluss gehalten.“³

Mit dieser Kritik im Hinterkopf lässt sich erst richtig die Scheu der Münchner PDS-Kreisleitung würdigen, Kunstausstellungen als Tätigkeit der Partei darzustellen. Denn bei Kunst und Partei handelt es sich zweifellos um getrennte Systeme. Warum sollte sich ein System in ein anderes einmischen, statt sich um seine eigene Funktion zu kümmern?

Können politische Ziele in unpolitischen Systemen vertreten werden?

Etwas weiter kommt man, wenn man die Fragestellung ein wenig verändert. Bisher war die Frage, ob eine Partei wie „Die Linke“ Kunst für ihre Ziele nutzen könnte und sollte. Die Antwort darauf lautet: „Besser nicht.“ Die Mitglieder „Der Linken“ sind allerdings nicht in die Partei eingetreten, um ein gut funktionierender Teil des Systems Partei zu sein, sondern weil sie glauben, dass die Partei ihnen dabei helfen kann, die Gesellschaft soweit zu verändern, dass ihre Anforderungen an diese durchgesetzt werden kann. Sie gehören auch nur ganz selten nur zu dem System „Die Linke“, sondern sind fast immer auch Teil von anderen Systemen. So arbeiten sie beispielsweise in einer Firma, sind Mitglied in einem Verein oder beschäftigen sich manchmal sogar mit Kunst. Für sie stellt sich die Frage, ob sie auch in diesen anderen Systemen etwas für die Durchsetzung ihrer Interessen tun können.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der bereits zitierte Professor Willke auch die völlige Autonomie von Systemen für problematisch hält. Ihnen „mangelt es ... an der Fähigkeit, den Möglichkeitsreichtum der Teile zu bündeln, abzustimmen und einer kontinuierlichen, zukunftsorientierten Zielmatrix unterzuordnen.“⁴ Sollten sich also Mitglieder „Der Linken“ in verschiedenen Systemen auf eine zukunftsorientierte Weise für die Durchsetzung ihrer Interessen einsetzen, wäre dies wohl durchaus im Sinne Willkes.

Bieten aber Sozialsysteme mit ihrer Orientierung auf ihre Funktion überhaupt Möglichkeiten für die Durchsetzung von Interessen einzelner Mitglieder? Chancenlos wäre ein Versuch wohl nicht, da ein System aus Menschen be-

steht, die – innerhalb enger Grenzen – Einfluss darauf nehmen können, wie das System seine Aufgabe erfüllt. Dazu muss aber die Funktion des jeweiligen Systems ernst genommen werden. Das bedeutet, dass zumindest nachgewiesen werden muss, dass das System seine Funktion genau so gut erfüllen kann, wenn es auf bestimmte Bedürfnisse Rücksicht nimmt und deren Durchsetzung erleichtert. Besser wäre sogar, wenn nachgewiesen werden kann, dass das System seiner Funktion auf diese Weise besser nachkommen kann.

Für ein System ist die Bereitschaft, auf Beeinflussung von innen zu hören, eigentlich sogar vorteilhaft, da es diese als Frühwarnsystem nutzen könnte zu Umweltbedingungen, die früher oder später gesetzt werden. Die Automobilindustrie hätte mehrmals ein Frühwarnsystem brauchen können, um beizeiten zu kapieren, dass Rücksichtnahme auf die Umwelt zum Geschäft gehört. Die Arroganz, mit der gerade die deutschen Autokonzerne die Selbstverpflichtung zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes ignoriert haben, war für die Erfüllung der Funktion dieser Systeme, einen möglichst hohen Profit zu erwirtschaften, nicht gerade förderlich. Statt über einen längeren Zeitraum verteilt müssen jetzt hohe Investitionen innerhalb kurzer Zeit getätigt werden, wodurch die Profitrate gedrückt wird.

Welche Funktion hat das System Kunst?

Das System Kunst besitzt die Besonderheit, dass seine Funktion nicht fest vorgegeben ist, sondern von Zeit zu Zeit wechselt⁴. Was Kunst ist, wird heute von Künstler und anderen am System Kunst Beteiligten bestimmt, während der Kunst im Mittelalter ihre Funktion von der Gesellschaft vorgegeben wurde. Heute wird auch nicht mehr direkt die Funktion der Kunst festgelegt, vielmehr ist es günstiger, diese zu verschleiern, um für die Gesellschaft interessant zu sein. Allerdings muß Kunst der Gesellschaft oder zumindest Teilen davon etwas nutzen, da sie sonst nicht ernst genommen wird. Das System Kunst formuliert nicht seine Funktion, sondern den Kunstbegriff, dem sich viele unterzuordnen haben. Die folgende Darstellung des aktuellen Kunstbegriffs stammt weitgehend von dem Münchner Kunstkritiker Wolfgang Ullrich⁵.

Wer sich den Vorgaben eines Begriffs wie Kunst unterordnet, folgt dabei einer anonymen Autorität, einer unüberschaubaren Gemeinschaft von Menschen, die an der Genese und Ausgestaltung dieses Begriffs mitgewirkt haben, wobei sich die Anteile einzelner nicht trennen lassen. Auf das, was sich heute im Begriff von Kunst manifestiert, haben Philosophen wie Arthur Schopenhauer und Jean Baudrillard, Kunsthändler wie Henry Kahnweiler, Sammler wie Albert Barnes, Professoren wie

Rosalind Krauss sowie Künstler selbst wie Friedrich Schiller (gleichzeitig auch Kunstphilosoph), Marcel Duchamp oder Frida Kahlo Einfluss genommen.

Dabei ändert sich der Begriff immer nur ganz langsam. Während schon neue Inhalte des Begriffs Gültigkeit erlangen, sind gleichzeitig noch ältere Bedeutungen wirksam. Im heutigen Kunstbegriff wirkt zum Beispiel der Kunstbegriff ab dem 18. Jahrhundert nach, als die Kunst zunehmend mit großen Erwartungen aufgeladen wurde und emanzipatorische, revolutionäre, therapeutische, kompensatorische, individualitätsstiftende und transzendente Kräfte zugesprochen bekam. Der anfangs zitierte Kunstbegriff Kurt Hagers speist sich beispielsweise aus dieser Traditionslinie. Im Westen wurden andere Begriffsinhalte aus dieser Zeit gepflegt: Aus der individualitätsstiftenden Kraft, die Kunst haben soll, stammt etwa die Idealvorstellung, Kunst müsse spontan und unmittelbar entstehen.

Statt direkter Vorgaben in Gestalt von Idealvorstellungen werden oft indirekte Vorgaben bevorzugt. Es gibt eine Liste von Reizworten, die in Diskussionen über Kunst tabuisiert sind und höchstens verwendet werden, um etwas auszugrenzen oder zu denunzieren. „Illustrativ“, „dekorativ“, „marktgängig“, „Statussymbol“ oder „Auftragsarbeit“ sind solche Reizworte, die bei allen, die den Imperativen des Kunstbegriffs folgen, sogleich Abwehrreaktionen auslösen. Betrachtet man die Reizworte des Kunstbegriffs, so fällt auf, dass in und mit ihnen jeweils gegen die Idee verstoßen wird, Kunst müsse autonom und daher spröde, ja regelrecht von einem Geist der Verweigerung geprägt sein. Eine Brücke zu bereits vorhandenen Bedürfnissen oder Sehnsüchten der Menschen zu schlagen, gilt schon als übermäßige Anbiederung; vielmehr wird die Autonomie so verstanden, dass keine externen Wünsche und Ansprüche zu akzeptieren sind. Verbindlichkeit wird als Untugend gehandelt.

Der Hauptgrund, warum sich der westliche Entwicklungspfad des Kunstbegriffs letztlich durchgesetzt, ist der dort weiterhin gepflegte und sogar ziemlich grundsätzliche Anspruch des Originellseins. Für einen Künstler reicht es nicht aus, einfach die direkten oder indirekten Vorgaben zu erfüllen. Bei dem Originalitätsgebot handelt es sich um einen wichtigen Faktor für die Dynamik des Kunstbegriffs, ohne ihn sähe die Kunst heute wohl noch ähnlich aus wie vor hundert Jahren.

Diese kurze Darstellung soll eine grobe Vorstellung vermitteln, wie heute der Kunstbegriff aussieht. Auf diesen Kunstbegriff muss sich jeder in irgendeiner Weise beziehen (und sei es durch bewusstes Verletzen seiner Regeln), der Kunstwerke machen will, die die Durchsetzung eigener Ziele unterstüt-

zen können. Wer dagegen den Kunstbegriff nicht zur Kenntnis nimmt oder ihn ignoriert, hat praktisch keine Chancen, dass seine Werke als Kunst anerkannt werden.

Heilserwartungen in Kunst und sozialistischer Bewegung

Was nun ist vom aktuellen Kunstbegriff zu halten, wie könnte ein Bezug darauf aussehen? Der Kunstbegriff ab dem 18. Jahrhundert, als die Kunst alle möglichen wundersamen Kräfte zugesprochen bekam und der den heutigen Kunstbegriff noch stark beeinflusst, zeigt deutliche Parallelen zur sozialistischen Bewegung, die in derselben Zeit entstanden ist. Ähnlich wie religiöse Heilserwartungen auf die Kunst projiziert wurden, enthalten auch die sozialistischen Theorien religiöse Elemente. Selbst der Marxismus, der viel zur Verwissenschaftlichung des Sozialismus beitrug, hat mit dem Historischen Materialismus eine Theorie entwickelt, die das Erscheinen des Kommunismus als Gesetzmäßigkeit darstellte – eine Form der Religion, die ohne Gott auskommt. Auch heute noch scheinen viele – oft jüngere – Genossinnen und Genossen der Meinung zu sein, links zu sein bedeute, besonders beeindruckenden Glaubenssätzen zu folgen. Es sollte daher möglich sein, den alten Kunstbegriff mit seinen heute noch existierenden Resten als Erbe anzunehmen, mit dem äußerst kritisch umgegangen werden muss.

Demonstration einer hohen sozialen Position durch moderne Kunst

Die Einführung der Autonomie der Kunst als Imperativ des Kunstbegriffs indirekt über Tabus mutet dagegen sehr sonderbar an. Die gereizten Reaktionen, die ein In-Frage-Stellen dieser Tabus hervorrufen, lassen den Verdacht aufkommen, dass da etwas faul sei. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu hat in dem 1979 erstmals erschienenen Werk „Die feinen Unterschiede“⁶ aufgedeckt, dass dieser Eindruck durchaus berechtigt ist.

Bourdieu weist darin darauf hin, dass Autonomie der Kunst bedeutet, dem den Vorrang einzuräumen, „worin der Künstler Meister ist: der Form, dem Stil, der Manier ...“. Dadurch wird Kunst „zu einer die Kunst imitierenden Kunst ...“, die das Prinzip ihrer Experimente wie selbst noch ihrer Brüche mit der Tradition ausschließlich in ihrer eigenen Geschichte findet.“ Genießen können diese Art von Kunst vor allem „diejenigen, die frühzeitig, im Schoß einer kultivierten Familie und außerhalb der Schule und deren fachgebundenem Lernen zur legitimen Kultur kommen“. Auf diese Weise wird „kulturelle Kompetenz“ erworben, „die verborgene Voraussetzung jener elementaren Form von Erkenntnis: dem Wieder-Erkennen der eine

Epoche, eine Schule oder einen Autor prägenden Stile, und allgemeiner der Vertrautheit mit der immanenten Logik der Werke, die der künstlerische Genuss erheischt.“

Für den Genuss der damaligen modernen Kunst, die mit abstrakter Kunst gleichgesetzt werden kann, sind Voraussetzung reiche, kultivierte Verfahren, möglichst über mehrere Generationen. In der Kunsttheorie findet diese Voraussetzung keine Erwähnung. Stattdessen wird die Kunstrezeption als spontanes Erlebnis dargestellt, als reiner Blick oder als Einfühlung. Eine soziale Voraussetzung für den Genuss von moderner Kunst wird so in eine natürliche Fähigkeit umgedichtet, die all denen abgeht, die im falschen Elternhaus aufgewachsen sind.

Besitz und Genuss von moderner Kunst erlauben damit in optimaler Weise, eine hohe soziale Position zu demonstrieren. Der naive Versuch, sich über die primitive Zurschaustellung von Luxus von anderen abzuheben, „ist ein Nichts gegenüber der einzigartigen Fähigkeit des ‚reinen Blicks‘, dieser gleichsam schöpferischen Macht, die kraft radikaler, weil scheinbar den ‚Personen‘ selbst immanenter Differenzen vom Gemeinen scheidet.“ Diese Funktion moderner Kunst verträgt es nicht allgemein bekannt zu sein. Es ist daher verständlich, dass alles dafür getan wurde, der reichen Kundschaft den höchsten Nutzen für die Ware zu garantieren. Ebenso wie störende Fragen sind auch alternative Kunstansätze in der Gefahr, unterdrückt zu werden.

Glücklicherweise scheint eine heftige Auseinandersetzung mit dieser Seite des Kunstbegriffs nicht mehr erforderlich zu sein. Mittlerweile gibt es viele neue Reiche, die einerseits gar nicht die kulturelle Bildung besitzen, um abstrakte Kunst in der beschriebenen Weise als Herrschaftssymbol nutzen zu können, die andererseits aber trotzdem selbstbewusst genug sind, um sich den Kunstgeschmack nicht vorschreiben zu lassen. Sie kaufen die Kunst, die ihnen gefällt – gegenständliche Kunst ist deshalb wieder marktfähig geworden⁷. Dem strikten Autonomiegebot des aktuellen Kunstbegriffs wird durch diese Entwicklung die Grundlage entzogen.



Bayerische Art, 2005/6, Akryl auf Nessel, 69 cm x 147 cm

Die Kunst von Hans Waschkau lebt davon, dass Assoziationen des Betrachters den gleichen Stellenwert haben wie die des Künstlers. Daher verbieten sich Erklärungen zur Bedeutung des Bildes „Bayerische Art“, weil dies dem Betrachter die Möglichkeit zu eigenen Deutungen nehmen würde. Da das Bild in Montagetechnik aus Fotovorlagen zusammengesetzt ist, soll zumindest kurz erklärt werden, aus welchen Elementen es besteht.

Links beginnt das Bild mit steinernen Köpfen auf einem LKW. Es handelt sich um Lenin-Köpfe, die in der Münchner Allianz-Arena für ein Event aufgestellt wurden. Das Bikini-Mädchen mit Polizeihelm und Schlagstock stammt aus einem Kalender der Bayerischen Polizei, den diese in den siebenziger Jahren herausgegeben hat, um jungen Männern den Polizeiberuf schmackhaft zu machen. Die junge Frau daneben, die sich noch etwas freizügiger gibt, wurde so auf dem Oktoberfest im Zelt „Hofbräuhaus“ gesichtet. Ganz rechts wird das Bild abgeschlossen von einem Böllerschützen, der es zum Ende der Wiesen knallen lässt.

Originalitätsgebot der Kunst

Das im Kunstbegriff enthaltene Originalitätsgebot hat dagegen einen anderen Charakter, kommt es doch dem linken Ziel nach Emanzipation sehr nahe. Denn so wie emanzipierte Menschen Entscheidungen unabhängig von den Vorgaben anderer treffen können, sollen auch originelle Künstler einen eigenen Kunstansatz unabhängig von Vorgaben entwickeln. Könnten Linke also das Originalitätsgebot der Kunst nutzen, um die Emanzipation voranzubringen?

Der bereits zitierte Wolfgang Ulrich hat darauf hingewiesen⁵, dass die Originalität der Künstler im aktuellen Kunstbetrieb in einem schlechten Zustand ist. Durch das Originalitätsgebot wird den Künstlern selbst das Originellsein vorgeschrieben. Der Wunsch nach Eigenheit ist dem Kunstbegriff geschuldet und damit – paradoxerweise – fremdbestimmt. Ebenso verhält es sich mit der vom Kunstbegriff schon seit langem geforderten Autonomie: Indem der Begriff insgesamt so aufgeladen mit Idealen ist und damit stark normativ und appellativ wirkt, ist alles, was als Kunst entsteht, keineswegs autonom. Wer Kunst machen will, hat vielmehr immer schon – und zuerst nur – fremde Träume im Sinn.

Eine nicht seltene Methode, das Gebot der Originalität (und Überraschung) zu erfüllen, ist die Inszenierung einer Abweichung vom Üblichen und Gebotenen als Strategie, um zu signali-

sieren, dass die Nichteinhaltung von Vorgaben des Kunstbegriffs bewusst geschieht. Dies zeigt aber zugleich, wie streng und beinahe diktatorisch es auf dem Gebiet der Kunst zugeht, wo derartige Abweichungen nur dann akzeptiert werden, wenn sie eigens inszeniert und damit zur Hauptsache gemacht werden. Es ist überdies ermüdend, dass immer wieder nur eine einzelne Vorgabe verletzt und allein daraus eine Strategie entwickelt wird, die manchmal sogar ein ganzes Künstlerleben tragen muss.

Soweit die Kritik von Wolfgang Ulrich. Im Grunde lässt der Kunstbegriff jedes Gefühl dafür vermissen, welche Bedingungen erforderlich sind, damit Originalität zustande kommen kann. Ein Kunstwerk ist originell, wenn darin die Einzigartigkeit des Menschen, der sie geschaffen hat, zum Ausdruck kommt. Für Künstler, die Originalität als Selbstzweck anstreben, ist dies kaum zu erreichen. Besser ist das schon dran, wer eine Vorstellung darüber hat, was sie oder er mit Kunst erreichen will. Menschen, die Kunst für die Durchsetzung eigener Ziele nutzen wollen, haben die Möglichkeit, fast nebenbei auch noch originell zu sein. Dies gilt keineswegs nur für politische Ziele, sondern für alle möglichen persönlichen Anliegen, seien sie nun inhaltlicher oder formaler Art. Und eine Reihe von Künstlern hat auf diese Weise auch gute Kunst zustande gebracht. Einige Künstler, denen gute Kunstwerke zur Unterstüt-

zung von linken Anliegen gelingen, können jedoch diesen Trend verstärken und das Originalitätsgebot stärken, das beim derzeitigen Kunstbetrieb in schlechten Händen ist.

Es gäbe noch weitere Punkte, wo ein linker Kunstansatz den Kunstbegriff stärken könnte. So könnte eine Kunst, in der die Betrachter wieder eine Rolle spielen und die den Dialog mit den Betrachtern sucht, der Gefahr entgegenwirken, dass Kunst zu einer Marke verkommt, die nur noch den Imperativ kennt: Kauf mich, dann hast Du gleich ein sehr viel höheres Image.

Konsequenz

Damit aber ein linker Kunstansatz überhaupt relevant für den Kunstbegriff werden kann, muß er zunächst einmal überzeugende Kunstwerke hervorbringen. Dafür aber braucht diese Kunst Nischen, in denen sie sich weiterentwickeln kann. Solche Nischen kann die Partei „Die Linke“ bieten. Da wo es ohne großen Aufwand möglich ist (wie z.B. im Raum der Münchner Stadtratsgruppe der Linken im Münchener Rathaus), sollte sie dies auch tun, da sie für die Durchsetzung ihrer Ziele jede Unterstützung brauchen kann, auch die der Kunst.

Anmerkungen

- 1 Kurt Hager (1912 – 1998) auf der 6. Tagung des ZK der SED im Juli 1972, zitiert nach „Neue Formen des Realismus – Kunst zwischen Illusion und Wirklichkeit“, Peter Sager, DuMont Buchverlag Köln, 4. Auflage 1982, S. 208f. Die Einschränkung auf realistische Kunst spielt dabei keine große Rolle: Realistische Kunst war Staatskunst, anderes wurde nur in seltenen Ausnahmen zugelassen.
- 2 „Systemtheorie I: Grundlagen“, Helmut Willke (geb. 1945), 6. überarb. Aufl., Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft mbH Stuttgart 2000, UTB 1161, S. 51
- 3 Helmut Willke, a.a.O., S. 192
- 4 Siehe dazu den Artikel des Autors „Was ist Kunst? – Eine Zusammenfassung“ in Politische Berichte 13/2002, 14/2002, 15/2002
- 5 Die Beschreibung des Kunstbegriffs stammt aus einem Vortrag von Wolfgang Ullrich, den dieser während der Sommerakademie in Neuburg an der Donau im August 2004 gehalten hat. Er wurde bisher meines Wissens nicht veröffentlicht, aber auszugsweise in dem Artikel. „Wann sieht etwas nach Kunst aus?“ in Politische Berichte 6/2005 wiedergegeben. Wolfgang Ullrich, geb. 1967, hat Philosophie, Kunstgeschichte, Logik/Wissenschaftstheorie und Germanistik studiert und arbeitet freischaffend als Autor, Unternehmensberater und Dozent.
- 6 Pierre Bourdieu (1930 – 2002), „Die feinen Unterschiede, Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft“, Erste Auflage 1987, suhrkamp taschenbuch wissenschaft 658, Originalausgabe „La distinction. Critique sociale du jugement“, Paris 1979. Siehe dazu den Artikel des Autors „Die feinen Unterschiede – Kunst als Waffe im Klassenkampf“ in Politische Berichte 24/2003, daraus auch alle Zitate.
- 7 Siehe dazu den Artikel des Autors „Wie funktioniert der Kunstmarkt? – Eine Buchbesprechung“ in Politische Berichte 24/2006 über „Wie Kunstwerte entstehen“ von Katja Blomberg, MurmannVerlag GmbH, Hamburg, 2. Auflage 2005

Neuerscheinung

Hans Henning Hahn (Hg.):

Hundert Jahre sudetendeutsche Geschichte.

Eine völkische Bewegung in drei Staaten.

Peter Lang – Internationaler Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main, Berlin

324 S., 23 Abb.

ISBN 978-3-631-55372-5

49.80 Euro

Fachleute aus Deutschland, der Tschechischen Republik, den USA, Frankreich und Großbritannien behandeln in diesem Sammelband Schlüsselthemen aus der historischen Entwicklung der sudetendeutschen völkischen Bewegung. Der paradigmatische neue Ansatz dieses Bandes liegt darin, dass hier das der sudetendeutschen Selbstdarstellung entnommene Modell des deutsch-tschechischen Nationalitätenkonflikts bzw. Volkstumskampfes als prägender Faktor überwunden wird. Die Beiträge dieses von dem Oldenburger Osteuropahistoriker Hans Henning Hahn herausgegebenen Sammelwerks betrachten die sudetendeutsche Geschichte im Kontext von Gemeinsamkeiten und Verbindungen zwischen den alldutschen völkischen Bewegungen in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei. Dieser Zugang wirft neues Licht nicht nur auf die kulturhistorischen Kontinuitäten der sudetendeutschen völkischen Bewegung, sondern auch auf ähnliche Entwicklungen anderswo. Die Wurzeln der sudetendeutschen völkischen Bewegung lagen in der alldutschen Bewegung in der Habsburger Monarchie. Nach der Gründung der Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1918 entwickelte sie dort ein eigenes Milieu und Organisationsgeflecht mit sowohl eigenständigen wie auch mit anderen völkischen Bewegungen geteilten Ritualen und Symbolen. Nach dem so genannten Anschluss der tschechoslowakischen Grenzgebiete an das Deutsche Reich im Herbst 1938 bzw. nach dem Zweiten Weltkrieg und der Vertreibung des größten Teils des deutschsprachigen Bevölkerungsanteils aus der Tschechoslowakei in den Jahren 1945/46 verlagerte sich das Betätigungsfeld der sudetendeutschen völkischen Bewegung in die Bundesrepublik Deutschland, wo sie bis zum heutigen Tage aktiv ist.

Mit der Institutionalisierung einer „sudetendeutschen Volksgruppe“ wurde ihre Tradition in der Bundesrepublik vielfach mit staatlicher Unterstützung wieder aufgegriffen. Die sudetendeutsche Bewegung verstand sich immer als Teil der deutschen Nation. Ihre Geschichte stellt daher für die Entwick-



lung völkischer Formen der deutschen kollektiven Identität ein wichtiges Kapitel deutscher Geschichte mit europäischer Wirkung dar. Dazu zählt etwa auch der in diesem Band erstmals klar herausgearbeitete, bemerkens-

werte und bisher kaum bekannte Anteil sudetendeutscher Nationalsozialisten an der Frühgeschichte der nationalsozialistischen Bewegung in den frühen 1920er Jahren. (Verlagstext)

Aus dem Inhalt:

HANS HENNING HAHN: Einleitung

KURT NELHIEBEL: Die Vertreibung aus der Tschechoslowakei. Persönliche Erinnerungen und Reflexionen

HANS HENNING HAHN: Die Anfänge des völkischen Diskurses in der Paulskirche 1848

JIRÍ KORÁLKA: Georg Ritter von Schönerer und die alldutsche Bewegung in den böhmischen Ländern

EVA HAHN: Über Rudolf Jung und vergessene sudetendeutsche Vorläufer und Mitstreiter Hitlers

RONALD SMELSER: Die Sudetendeutsche Heimatfront/Sudetendeutsche Partei 1933–1938

MANFRED ALEXANDER: Das Bild sudetendeutscher Politik in den deutschen Gesandtschaftsberichten, 1918–1938

TOMÁŠ KASPER: Der völkische Diskurs im Deutschen Turnverband in der ČSR

CHRISTIAN JACQUES: Über die Erfindung des Sudetendeutchtums: Johannes Stauda – ein sudetendeutscher Verleger

INGO HAAR: „Sudetendeutsche“ Sprachinselforschung zwischen Volksgruppen-Bildung und Münchener Abkommen: Eduard Winter, Eugen Lemberg und die Nationalisierung und Radikalisierung des deutsch-katholischen Wissenschaftsmilieus in Prag (1918–1938)

WERNER RÖHR: Der Fall Grün und das Sudetendeutsche Freikorps

MARTIN D. BROWN: A Munich Winter or a Prague Spring? The evolution of British policy towards the Sudeten Germans, from October 1938 to September 1939

TOBIAS WEGER: Die Volksgruppe im Exil – Sudetendeutsche Politik nach 1945

SAMUEL SALZBORN: Ein Jahrhundert sudetendeutsche völkische Bewegung. Politikwissenschaftliche Dimensionen eines (zeit-)geschichtlichen Forschungsgegenstandes.

Ex oriente lux

– oder: vielleicht kann man auch vom „Osten“ lernen

Von Fritz Schmalzbauer, Bayern, Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE. Den Beitrag entnahmen wir dem Newsletter des Forums Demokratischer Sozialismus.

Eigentlich wäre mir eine Partei lieber, in der sich keine „Strömungen“ organisieren, sondern ein übergreifender inhaltlicher Dialog zu den wesentlichen Fragen geführt wird, die uns zur Gründung der WASG und später der Partei DIE LINKE veranlasst haben. Schon jetzt hat es sich im Parteivorstand als mehrheitsbildend erwiesen, wenn die Anträge von Vertretern unterschiedlicher Strömungen eingebracht werden. Das ist ein gutes Zeichen, weil es einen Konsens voraussetzt. Nun gibt es sie aber, die „Strömungen“. Seit mein Name auf der Liste des Forums Demokratischer Sozialismus aufgetaucht ist, hagelt es an gut gemeinten Ratschlägen, mich auf meine gewerkschaftliche Herkunft zu besinnen und doch die Finger von dieser Politikauffassung zu lassen.

Das Faszinierende an unserm Parteiprojekt ist das Bündnis zweier „Kulturen“: Zum einen die Gewerkschafter, Wissenschaftler und Initiativenvertreter aus den westlichen Bundesländern, zum anderen die Partei, die in den neuen Bundesländern als Volkspartei links von der SPD und den Grünen erfolgreiche Politikansätze vorweisen kann. Ich bin keinesfalls neugierig auf die mir bekannten Standpunkte in den westlichen Bundesländern, wohl aber auf die Erfahrungen und Standpunkte „im Osten“. Dies umso mehr, als von interessierter Seite im Bundesvorstand der WASG ein verheerendes Bild der Politik in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern gezeichnet wurde. Bei näherer Prüfung stellte sich aber heraus, dass sich so mancher Sachverhalt auch von einer anderen Seite betrachten ließ oder schlicht falsch dargestellt war. Jedenfalls nahm ich Kontakt auf und fand eine Reihe kluger, humanistisch gesinnter Menschen, mit denen sich ein Dialog lohnte. Nicht um in allen Punkten einer Meinung zu sein, wohl aber, um Motive und Bedingungen zu begreifen, die zu der einen oder anderen Entscheidung geführt hatten. Dies ließ auch eine harsche Kritik an Maßnahmen zu, die mit unserem Verständnis von Politik im Widerspruch standen, etwa die Freigabe des Ladenschlusses in Berlin als erstem Bundesland.

Wir haben vor drei Jahren die WASG gegründet, weil uns auch die (West-)PDS als untaugliche Basis des Aufbruchs zu einer neuen, politisch wirksamen und demokratiefähigen Bewe-

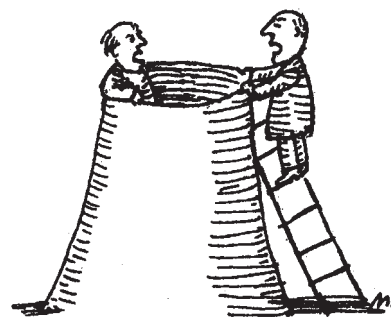
gung erschien. Jenseits von SPD und Grünen musste ein stärkeres Gewicht entstehen, ein Gewicht, das in die großen kritischen Strömungen der Zivilgesellschaft hineinreicht. Dabei kam es uns nicht auf Etiketten an: Es galt, dem scheinbar alternativlosen Konzept einer neoliberalen Belastung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zugunsten einer privilegierten Minderheit ein erneuertes Kraftfeld humanistischer, sozialstaatlicher Orientierung entgegen zu setzen. Die Anfangserfolge gaben uns Recht. Nur nicht in den östlichen Bundesländern. Dort existierte eben eine politikfähige Partei links von der SPD und in ihr eine Reihe von Menschen, die sich zur Aufgabe gestellt hatten, aus dem Niedergang der DDR Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen.

Politik- und demokratiefähig sein heißt: Die elementaren Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit – Essen, Kleiden, Wohnen, Gesundheit, soziale Sicherheit, gute Ausbildung und gute Arbeit, gleichberechtigte Teilhabe an der Kultur und am gesellschaftlichen Reichtum – in politische Prozesse umzusetzen oder politische Bewegungen aufzugreifen. Dies kann nur gelingen, wenn einerseits klar ist, was das Wesen der Partei bestimmt, andererseits ein erklärtes Maß an Bündnisfähigkeit im außerparlamentarischen und im parlamentarischen Raum besteht. Humanistische Auffassungen lassen sich nicht auf eine Partei oder überhaupt auf Parteien reduzieren. Nicht jedes SPD-Mitglied stützt die Agenda-Politik, nicht jeder Grüne ist vom bellizistischen Kurs der Grünenführung überzeugt. Und nicht jede/r, der/die diese Parteien verlassen hat, ist in der Linken angekommen. Das liegt auch am Zustand der Partei. Dort, wo in den westlichen Bundesländern Gewerkschafter/innen, ehemalige Sozialdemokraten/innen und politisch „Geübte“ aus Initiativen aktiv sind, gelingt eine solche Plattform eher. Dort, wo Ausgrenzung und kleinbürgerlicher Radikalismus ohne einen Funken gedanklicher Eigenleistung (Arbeit) vorherrscht, wird sich die Partei nicht entwickeln können. Gleiches gilt für die innerparteilichen Diskurse. Bestehen sie vornehmlich aus Abgrenzung, ist die innere Kultur der Partei in Gefahr. Gelingt es aber, kluge, begründete Positionen in ihren Widersprüchen abzuwägen, entsteht ein Neues, das uns allen dringend Not tut.

Das gilt für alle zentralen Fragen: Wie halten wir es mit einer kapitalistischen Gesellschaft und in ihr mit der Rolle von Bildung und Arbeit, bedingt das eine das andere oder weist insbesondere die schöpferische Fähigkeit des Menschen über die Form hinaus, in der sie begrenzt ist und an deren Ergebnissen sie nur unzureichend teil hat? Lässt sich eine gesellschaftlich verantwortliche Diskus-

sion führen, ohne auf die Arbeit Bezug zu nehmen? Entwickelt die Linke Strategien, die den Begriff „sozial“ weit über ein karitatives Verhältnis hinaus mit Vorschlägen zur Beteiligung an ökonomischen Entscheidungen verknüpft? Was ist „gute Arbeit“ und ist sie unter privatwirtschaftlichen Bedingungen möglich? Was sind unsere Vorschläge zur Betriebsverfassung, zur Beteiligung an öffentlichen Entscheidungen, zur Begrenzung und Umverteilung gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtums in den Händen einer Minderheit? Wie lässt sich Armut verhindern? Welche Bedeutung messen wir dem „Privaten“ zu, was fordern wir von öffentlichen Unternehmen? Beziehen wir uns auf die Produktivität und damit auf die Fähigkeit aus „geronnener“ Arbeit? Welchen Stellenwert messen wir schlecht oder nicht bezahlter Arbeit (Kindererziehung, ehrenamtliches Engagement...) zu? Was heißt auf diesem Hintergrund Geschlechtergerechtigkeit, Chancengleichheit und individuelle Freiheit? Welche Bedeutung messen wir der individuellen Persönlichkeitsentfaltung bei? Wie begegnen wir den Argumentationen, wonach der Spielraum der Politik durch Globalplayer (Firmen und Institutionen) immer stärker eingeschränkt wird? Hat die Individualisierung einen zunehmenden Bedeutungsverlust von klassischen Widerstands- und Gestaltungspotentialen (Gewerkschaften, Vereinigungen, Parteien) zur Folge? Wie gehen wir mit den produktiven, fortschrittlichen Errungenschaften einer entwickelten bürgerlich-demokratischen Gesellschaft um? Was hat dem Neoliberalismus zum Durchbruch verholfen und ist er nur durch Negation zu überwinden? Welcher Stellenwert kommt der Frage der Umwelt, einer friedlichen Entwicklung und einer Umstellung auf Friedensproduktion zu? Schließlich: Welche Bündnisse kann eine Linke eingehen, ohne an eigenständigem Profil zu verlieren?

Gründe genug, einen lebendigen Dialog zu führen und dabei die Fähigkeiten zu berücksichtigen, die die Partei in den neuen Bundesländern bereit hält. Oder zumindest zuzuhören, abzuwägen und in Widersprüchen zu denken, um widerspruchsfrei(er) zu handeln. Vielleicht in der falschen Kapelle, vielleicht aber auch nicht. Das entscheidet übrigens nicht die Theorie, sondern die Praxis.



Über die Lage bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg heißt es im Newsletter von Die Linke. Hamburg:

„Die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten von Beust propagiert entgegen allen Tendenzen und Tatbeständen die Möglichkeit der Verteidigung der absoluten Mehrheit in der Bürgerschaft. In den Bundesländern Hessen und Niedersachsen zeichnen sich deutliche Stimmenverluste für die CDU ab. Auch in Hamburg wird die christdemokratische Partei in der jüngsten Umfrage des Psephos-Institutes nur mehr auf 44 Prozent taxiert. Nach dieser Umfrage kommt die SPD auf 33 Prozent, die GAL auf zwölf Prozent und die Linke auf fünf Prozent, wie schon bei der letzten Umfrage im Juni. Die FDP würde mit drei Prozent nicht in die Bürgerschaft einziehen.“

Das „Hamburger Abendblatt“ hat nun weitere Ergebnisse dieser Psephos-Studie veröffentlicht. Demnach ist eine „Große Mehrheit mit dem Senat zufrieden“. „Viele Hamburger trauen der CDU die Lösung der Probleme zu – außer bei sozialer Gerechtigkeit und Klimawandel.“ Folgt man dem „Hamburger Abendblatt“, dann spielen Armut, soziale Ungerechtigkeit und Bildungsbarrieren bei Wahlkampf und Wahlentscheidung keine Rolle. Die Hamburger entscheiden an anhand der Kriterien Sicherung von Arbeitsplätzen und sozialer Leistungen, Bildungspolitik und Wirtschaftswachstum. Nimmt man noch hinzu, dass bei der Bürgerschaftswahl die Hamburg-Themen dominieren, sieht es für die Partei des Bürgermeister Ole von Beust nicht schlecht aus: 72 Prozent der Befragten sagten, dass die Rathauspolitik bei ihrer Wahlentscheidung im Vordergrund stehen werde. Nur fünf Prozent sehen die Bundespolitik für sich als ausschlaggebend an. Die restlichen 22 Prozent gewichten Bund und Land gleich.

Im Feld „Soziale Gerechtigkeit“ wird der LINKEN von 9 Prozent der Befragten Kompetenz zugetraut. Bei der „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ trauen drei Prozent der LINKEN Kompetenz zu.

Es gibt allerdings gravierende Unterschiede bei den jüngsten Meinungsumfragen: Beim Meinungsforschungsinstitut Emnid kommt die CDU derzeit nur auf 41 Prozent der Stimmen. Die SPD bleibt bei 31 Prozent hängen, während Grüne/GAL auf 12 Prozent und DIE LINKE auf 8 Prozent kommen.

Wir wissen aber auch, dass die entscheidende Frage für eine Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse die Wahlbeteiligung ist. Auch in Hamburg glaubt ein großer Teil der BürgerInnen

nicht mehr dran, dass die ungerechten Zustände über Wahlen zu verändern sind. Für den angestrebten Politikwechsel kommt es daher gerade für die LINKE darauf an, diesen BürgerInnen die Verbindungen zwischen den Alltagskämpfen und einem politischen Votum in der Bürgerschaftswahl deutlich zu machen.“

Bei den Umfrage für Die Linke sehen die Prognosen in Niedersachsen 4% und in Hessen 6% voraus.

Koch verliert Mehrheit in Hessen

Die hessische Linke meldet: „In der neuesten Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen zur Landtagswahl in Hessen liegt DIE LINKE bei sechs Prozent. „Am meisten freue ich mich darüber, dass Roland Koch und seine Politik des radikalen Sozialabbaus in Hessen keine Mehrheit mehr haben“, kommentiert Ulrich Wilken, Kandidat für den Landtag und Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE. Hessen die Ergebnisse der Umfrage: „Zugleich bestätigt diese Umfrage unsere Einschätzung, dass nur durch den Einzug einer starken Fraktion der LINKEN eine erneute Regierung Koch verhindert werden kann. Für viele Menschen in Hessen ist das ein starkes Argument dafür, am 27. Januar das Kreuz bei der LINKEN zu machen. Wir stehen als einzige Partei konsequent für einen Politikwechsel für soziale Gerechtigkeit in Hessen.“

„Im Zentrum des Wahlkampfes steht für uns weiterhin die Forderung, soziale Gerechtigkeit in Hessen in die Tat umzusetzen. Davon weichen wir nicht ab“, so Wilken weiter. „Weil sich die Bundesregierung nach wie vor einer bundesweiten Lösung verweigert, wird unsere Fraktion als erste Initiative im Landtag einen Antrag zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Hessen einbringen. Dann wird sich zeigen, ob die Wahlkampfreden der SPD zum Mindestlohn ernst gemeint waren, oder ob das alles, wie schon bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer nach der Bundestagswahl, nur leere Worte waren.“

Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten, lautet ein Kapitel eines Buchbeitrages von Michael Brie über die Veränderungen der Wählerwanderungen. Ein interessantes Buch. Brie schreibt u.a.:

„Im Folgenden wird versucht, auf der Basis einer Reihe von empirischen Studien zu prüfen, welche gesellschaftliche Basis die verschiedenen möglichen politischen Richtungsentscheidungen in Deutschland haben. Dabei werden drei Thesen begründet.

Erstens: Während die oberen gesellschaftlichen Gruppen in eine marktli-

berale und eine soziale Richtung gespalten sind, sind die unteren sozialen Gruppen gemeinsam stark sozial und in bestimmtem Maße auch autoritär orientiert.

Zweitens: Wer die Hegemonie über die unteren Gruppen gewinnt, ohne die Basis in „seinem“ Block in der Oberschicht zu verlieren, kann über stabile Mehrheiten in Deutschland verfügen.

Drittens: Auf der Basis der gesellschaftlichen Einstellungen können Mehrheiten für gegensätzliche Richtungen der Politik geschaffen werden – für marktliberalautoritäre wie aber auch für die sozial-emanzipatorische Ausrichtung. Die Widersprüche, mit denen eine marktliberale Politik zu kämpfen hat, sind aber größer als die einer sozialen Politik.

Der dabei gewählte Ansatz basiert auf der Meinungsforschung. Die damit verbundene Gefahr ist, Bürgerinnen und Bürger und ihre Auffassungen als passive Objekte der Politik zu konstruieren. In der Realität aber sind die Einstellungen und Werte, die durch die Meinungsforschung ausgemacht werden, Resultate und gleichzeitig Ausgangspunkte aktiven Handelns und eigenständiger Kommunikation.

Es sind geistige Formen der Selbstverortung. Und sie sind immer ambivalent.

Wie sie wirken, hängt vor allem von den Möglichkeiten ab, die sich Bürgerinnen und Bürgern bieten ...

Ganz anders, als zumeist vermutet wird: Die Gesellschaft ist, betrachtet man wesentliche Einstellungen zu Wirtschaft und Politik, im oberen Drittel gespalten und unten geeint. Dies ist eines der Resultate der Studie „Gesellschaft im Reformprozess“, durchgeführt durch Infratest Sozialforschung Berlin im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Es wurden auf der Basis qualitativer Interviews und quantifizierter Befragungen Aussagen über neun politische Milieus in Deutschland getroffen, die im Folgenden mit Bezug auf ihre soziale Stellung sehr kurz vorgestellt werden sollen. Dabei sei hier vorausgeschickt, dass es sich immer um empirisch gestützte Konstruktionen handelt, die zudem für die Schärfung der Argumentation mit einer bestimmten zusätzlichen Vereinfachung gehandhabt werden. Es geht um die Aufdeckung von Zusammenhängen, die als generelle Tendenz, nicht aber im Einzelfall wirken.“

DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik?

Reihe: Texte der RLS Bd. 40 von Michael Brie, Cornelia Hildebrandt, Meinhard Meuche-Mäker (Hrsg.)

Zusammenstellung: jöd

Linke Winterschule in Erfurt

von Freitag, 4. Januar bis Sonntag, 6. Januar 2008

Wie bekannt ändern sich mit dem Jahreswechsel die Bedingungen für die Anerkennung von Arbeitsgemeinschaften.

Die Winterschule, die auch in diesem Jahr in Erfurt stattfinden wird, ist die passende Gelegenheit, „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ als Arbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke zu konstituieren.

Außerdem muss wegen der Belastung durch die laufenden Wahlkämpfe die „Linke Schule“ diesen Winter kürzer ausfallen.

Unsere Planung:

Freitag, 4. Januar, 19 Uhr, Erfurt

Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft

1. Diskussion der neuen Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der ArGe und Konstituierung.
2. Diskussion der Zielsetzungen und Arbeitsvorhaben, Verabschiedung einer Gründungserklärung
3. Möglichkeiten einer solidarischen Finanzierung
4. Wahl der Sprecher/inn/en

Samstag, den 5. Januar

Seminartag zum Thema:

„Aufbau Ost – Ideologien, Strategien, Erfahrungen und die Perspektive linker Politik“

Wir möchten die Annäherung an dieses Thema als gegliederte Diskussion gestalten. Die einzelnen Abschnitte sollten durch Impulsreferate eingeleitet werden.

Beginn 9 Uhr, Ende 18 Uhr

1. Zum konservativ-liberalen Konzept des „Aufbau Ost“ und seiner Durchsetzung
2. Zur Oppositionspolitik der PDS in den neuen Ländern, Erfolge und Irrwege
3. De-Industrialisierung und Konzepte der Re-Industrialisierung. Am Beispiel Westberlin/Ostberlin.
4. Soziale Bewegungen – gemeinsame Schwerpunkte und spezifische Problemstellungen im Westen und im Osten. Diese Themenstellungen dienen der Orientierung, da wir den Referentinnen Spielraum lassen wollen.
5. Zusammenstellung einer Literaturliste zu diesem Thema und Vereinbarung über eine Reihe von Lektüreberichten / Buchvorstellungen. Zu diesem fünften Punkte bitten wir Interessierte, sich Angebote zu überlegen.

Sonntag, den 6. Januar 8.30 Uhr bis 11.30 Uhr

- Ausloten von Kooperationsmöglichkeiten, Unterstützung regionaler Vorhaben bzw. Initiativen von anderen AGs usw.
- Planung der Themen für die Sommerschule, die wieder in AGs tagen sollte.

Anmeldung bei: hanne-reiner@onlinehome.de

Wir tagen wie zuletzt in der Jugendherberge Hochheimer Straße, und übernachten drei Minuten entfernt in der Jugendherberge Klingenstr. Adresse: HJ Erfurt, Hochheimer Str.12, Klingenstr.4, 99094 Erfurt, Tel. (03 61) 5 62 67 05. Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 5 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen, von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg. Autofahrer nehmen die Abfahrt Erfurt-West, dann die B4 bis zum Stadtring, biegen dann links in die Schillerstraße (B7) und achten auf die Ausschilderung JH. Die Kosten für Übernachtung plus Halbpension betrugen zuletzt 26 Euro/Tag und Person.

4. bis 6. Januar. Erfurt. Linke Winterschule. Durchgeführt von der Arge Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung. **Anmelden** bei: hanne-reiner@onlinehome.de.

13. Januar. Berlin. Liebknecht-Luxemburg-Gedenken.

6. Februar. Politischer Aschermittwoch. Bierzelt-Veranstaltungen der Bundestags-Parteien.

21. Mai 2008. Osnabrück. 97. Deutscher Katholikentag.

24./25. Mai. Ort noch offen. 1. Parteitag der Partei Die Linke.

31. Mai. München. 59. ordentlicher Bundesparteitag der FDP.



Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 18. Januar.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2008	Januar	Hessen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Januar	Niedersachsen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Febr.	Hamburg	Land/Kom.	24.2.	4 Jahre
	März	Bayern	Kommunal	2.3.	6 Jahre
	Mai	Schleswig-Holstein	Kommunal	25.5.	5 Jahre
	Sept.	Bayern	Landtag	28.9.	5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
2009	Mai	Bundesversamml.	Bundespräsid.	23.5.	5 Jahre
	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemberg	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html